

Verbands-Zeitung

Organ für die Interessen der Arbeiter in Brauereien, Brennereien, Mühlen und verwandten Betrieben
 Publikationsorgan des Verbandes der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
 Bezugspreis: vierteljährlich 2,10 Mark, unter Kreuzband 2,70 Mark
 Eingetragen in die Postzustellungsliste

Verleger u. verantwortl. Redakteur: Fr. Krieg, Berlin-Lichtenberg
 Redaktion und Expedition: Berlin D. 27, Schillerstraße 6
 Druck: Vorwärts-Verlagsdruckerei Paul Singer & Co., Berlin S.W. 68

Inserationspreis:
 die sechsgespaltene Kolonnette 40 Pfennig, für Mitglieder 30 Pfennig
 Schluß für Inserate: Montag früh 8 Uhr.

Aus den Berichten der Bayerischen Gewerbeinspektionen.

I.

Die Gesamtzahl der den Gewerbeaufsichtsbeamten unterstellten Betriebe betrug 107 531 (106 321 im Vorjahr) mit 739 522 (704 220) Arbeitern. Die Zahl der Betriebe mit mindestens 10 Arbeitern betrug 10 496 (9937) mit zusammen 532 946 (500 824) Arbeitern. Diese Zahlen beweisen, daß die Entwicklung vom Handwerk zur Großindustrie auch in Bayern immer größere Fortschritte macht, von der Vermehrung der Arbeiter um 35 000 kamen 32 000 auf die Großbetriebe.

Revidiert wurden 1911 insgesamt 24 131 = 22,44 Proz. der Betriebe mit 469 458 = 63,5 Proz. der beschäftigten Arbeiter. Die Gesamtzahl der vorgenommenen Revisionen betrug 25 049, 3092 mehr als im Vorjahre. Nachts wurden 221, Sonn- und Festtags 474 Betriebe revidiert.

Die wirtschaftliche Lage der Industrie und des Handels wird im allgemeinen als eine günstige bezeichnet. Eine Ausnahme macht die Textilindustrie, die im ganzen Jahr nur schwach beschäftigt war, ferner Litten, Bimholz- und Zigarrenindustrie noch immer unter der Wirkung der neuen Steuern, und der Mühlenindustrie ging es auch nicht besonders gut; die Gründe dafür werden im Bericht nicht angegeben, sie werden in der fortgesetzten Vergrößerung der Betriebe und in der Nacht- und Sonntagsmüllerei zu suchen sein.

Die Arbeitszeit der erwachsenen Arbeiter erfuhr im allgemeinen eine weitere Verkürzung, häufig wurde eine solche durch Streiks und Tarifbewegungen herbeigeführt.

Nachtarbeit ist noch ziemlich stark verbreitet, doch macht sich im allgemeinen ein Sinken derselben bemerkbar.

Das gleiche gilt auch für die Sonntagsarbeit. Die Zahl der nach § 105f der Gewerbeordnung bewilligten Sonntagsstunden fiel um 7736 Stunden. Die noch sehr erhebliche Sonntagsarbeit auf Grund des § 105e Abs. 1 der Gewerbeordnung (wegen unregelmäßiger Wasserkräft) konnte im Berichtsjahr wieder etwas eingeschränkt werden, obwohl der außergewöhnlich niedrige Wasserstand hierfür nicht gerade günstig war. Bestrafungen wegen unzulässiger Sonntagsarbeit kamen 101 in der Höhe von 1 bis 50 Mk. vor.

Bezüglich der Lohnzahlungsfristen geht das Bestreben der Arbeiterschaft fortgesetzt dahin, längere als achttägige Fristen zu beseitigen. Erheblichen Einfluß auf die Lohnzahlungsverhältnisse, auf besondere Vergütung von Überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit gewinnen die tariflichen Vereinbarungen kollektiver Natur, wie auch die vielen Tarife für einzelne Betriebe. Da in den Tarifen gewöhnlich jegliche Kündigungsfrist ausgeschlossen wird, vermindern sich auch die Abmachungen über Lohninbehaltungen und Lohnverwirklungen.

Die Ausstandsbeziehung war, wie bei dem lebhaften Geschäftsgange und angesichts der fortwährenden Steigerung der Preise aller Lebensbedürfnisse nicht anders zu erwarten war, eine ziemlich lebhaft. Es wurden 265 (im Vorjahr 260) Ausstände und 13 (76) Aussperrungen gezählt, an den ersteren waren 19 439 (18 968), an den letzteren 5335 (19 712) beteiligt. Im allgemeinen ist seit der fortschreitenden Erstarkung der Unternehmer- und Arbeiterverbände eine Verschärfung im Kampfe um die Erlangung günstigerer Lohn- und Arbeitsbedingungen bzw. um deren Abwehr zu beobachten. Die finanziellen Schädigungen werden auf beiden Seiten immer größer und legen einerseits den Arbeitgeber die wohlwollende Prüfung der durch die allgemeine Preissteigerung fast aller Lebensbedürfnisse veranlaßten Forderungen der Arbeiterschaft, andererseits den Arbeitern die Mäßigung ihrer Forderungen namentlich in manchen schwer um ihre Existenz ringenden Gewerbebezügen nahe. Gerade die kräftigen Organisationen sind am besten in der Lage, hier regulierend mitzuwirken. Aus den Einzelberichten ist zu erkennen, daß die Organi-

sationen Fortschritte machen und daß besonders der Abschluß von kollektiven Tarifverträgen und auch Einzelтарifen erheblich an Boden gewinnt.

Die Zahl der erwachsenen Arbeiterinnen stieg um 6300 auf 145 332. Die Zuwiderhandlungen gegen die Arbeiterinnen schutz-gesetze haben gegen das Vorjahr etwas abgenommen; die meisten Verstöße betreffen Formvorschriften oder die Arbeitszeit an den Vorabenden der Sonn- und Festtage. Im allgemeinen hat sich der Zehntelstundentag der Arbeiterinnen rasch eingebürgert, nur der Achtstundentag am Sonnabend macht namentlich den Konfektions- und Buchwerkstätten Schwierigkeiten. Die Sonntagsarbeit der erwachsenen Arbeiterinnen nimmt stark ab.

Hinsichtlich der Lehrlingsverhältnisse hat sich gegen das Vorjahr wenig geändert. Uebermäßiger Lehrlingshaltung mußte in einzelnen Betrieben wieder entgegengesetzt werden. Im Handwerk wird vielfach über den Mangel an Lehrlingen geklagt, da die jungen Leute mehr und mehr der rascheren Verdienstmöglichkeit in den Fabriken nachgehen müssen.

Die Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben ist nach den Mitteilungen der Polizei- und Schulbehörden ziemlich ausgedehnt, besonders in den größeren Städten. Nach den Erhebungen der Schulbehörden sind mindestens 6000, wahrscheinlich aber noch viel mehr Kinder gewerblich beschäftigt, weitans die meisten mit dem Austragen von Gegenständen, wie Brot, Milch, Zeitungen usw. Aber auch in der Hausindustrie spielt die Kinderarbeit eine große Rolle. Die Einhaltung der Bestimmungen, betreffend die Kinderarbeit in den gewerblichen Betrieben, macht, soweit zu beobachten war, Fortschritte, ist jedoch im ganzen noch wenig befriedigend. Das am 1. April 1912 in Kraft getretene Hausarbeitsgesetz vom 20. Dezember 1911 wird hoffentlich mit seiner Festsetzung der Listenpflicht und den sonstigen die Hausarbeit Jugendlichen betreffenden Bestimmungen künftig zur besseren Ueberwachungsmöglichkeit der gewerblichen Kinderarbeit beitragen.

Die Zahl der Unfälle hat infolge der wachsenden Verwendung von Maschinen, der Mehrung der Arbeiter und der gesteigerten Arbeitsleistung zugenommen. Es wurden 21 210 Unfälle amtlich gemeldet, gegen 17 888 im Vorjahr, an der Zunahme ist die Abhängigkeitsmittelindustrie mit 330 beteiligt.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiterbevölkerung haben im Berichtsjahr infolge der allgemeinen günstigen Geschäftslage bezüglich des Verdienstes in vielen Gewerbe-zweigen durch teils freiwillige, teils durch Lohnkämpfe erzielte Lohnerhöhungen eine Besserung erfahren, der aber leider fast überall eine nicht unbedeutende Preissteigerung der wichtigsten Lebensbedürfnisse (Lebensmittel, Wohnung, Brennmaterial usw.) gegenübersteht. Eine größere Zahl von Stadtgemeinden und Unternehmern versuchte, durch Bezug von Lebensmitteln im Großen Erleichterung für die unbemittelte Bevölkerung oder ihre Arbeiterschaft zu schaffen. In einigen Orten hat das Konsumvereinswesen zugenommen, und die Arbeiterschaft versuchte auf dem Wege der Selbsthilfe zu billigeren Einkäufen zu kommen.

Dem in Bayern besonders fühlbaren Wohnungsmangel in den Städten arbeiteten wieder einige Gemeinden, Baugenossenschaften und Vereine entgegen, trotzdem herrscht in den Hauptindustriegebieten und namentlich in den großen Städten noch immer ein Mangel an Kleinwohnungen. Auch Betriebsunternehmer schufen eine ziemlich große Zahl von Arbeiterwohnungen.

Was die Fürsorge für Verletzte anbelangt, so ergaben die Revisionen, daß das in den Betrieben bereitgehaltene Verbandsmaterial in den meisten Fällen nicht einwandfrei, ja vielfach direkt unbrauchbar war!

Der Landesgewerbearzt, der seit drei Jahren zur Generalaufsicht zugezogen ist, erstattet wieder einen Sonderbericht. In fast allen Zweigen

des gewerblichen Dienstes ist eine Steigerung eingetreten. Die Ergänzung der Gewerbeaufsicht durch den Gewerbearzt hat sich jetzt in Bayern voll eingebürgert. Ueber mangelndes Entgegenkommen war nach keiner Seite zu klagen, im Gegenteil konnte sich der Berichterstatter fast überall der verständnisvollen Mitwirkung aller in Betracht kommenden Stellen, der Arbeitgeber und Arbeitervertreter, der Amts- und praktischen Ärzte, Krankenkassen und Berufsgenossenschaften erfreuen. Die Arbeit des Landesgewerbearztes ist teilweise wissenschaftlicher Natur, d. h. Erstattung von Gutachten, Veröffentlichung einschlägiger Aufsätze in Fachzeitschriften, amtliche chemische Untersuchungen in dem für diese Zwecke zur Verfügung gestellten Laboratorium.

Die Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen im Jahre 1911.

II.

Den größten Teil der wirtschaftlichen Kämpfe des Jahres 1911 bilden die Angriffsstreiks. Ihre Zahl beträgt 1705 = 58,5 Proz. aller Kämpfe und waren daran 169 657 Personen beteiligt. An Zahl der Fälle und der Beteiligten wird das Jahr 1911 nur noch von dem Jahre 1906 übertroffen. 1905 war allerdings die Zahl der Beteiligten noch höher, doch kommt in diesem Jahre der große Bergarbeiterausstand in Betracht, der allein 226 888 Beteiligte zählte. Es erklärt sich ohne weiteres, daß als Ursache der Angriffsstreiks die Forderung auf Lohnerhöhung sich an erster Stelle findet. In 840 Fällen mit 78 129 Beteiligten wurde um die Durchsetzung einer solchen gestreikt. Demgegenüber bleibt die Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit weit zurück, welche in 50 Fällen mit 7840 Beteiligten zum Streik führte. Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung wurde in 644 Fällen, woran 71 555 Personen beteiligt waren, zu erreichen versucht. 1096 Angriffsstreiks = 64,3 Prozent hatten einen vollen und 283 einen teilweisen Erfolg; an diesen Streiks waren 117 711 Personen beteiligt.

Auch die Zahl der Abwehrstreiks ist gegen das Vorjahr erheblich gestiegen. Es wurden im Jahre 1911 in 1002 Fällen mit 42 239 Beteiligten zu dem Mittel des Streiks gegriffen, um eine Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen abzuwehren. In 373 Fällen wurde gegen Lohnreduzierung, in 34 Fällen gegen Arbeitszeitverlängerung und in 285 gegen Maßregelung von Personen gekämpft. Bezeichnend für das verstärkte Geschrei der Unternehmer nach vermehrtem gesetzlichen Schutz gegen den „Terrorismus der Arbeiter“ ist, daß in 27 Fällen sich die Arbeiter durch einen Streik gegen den Raub des gesetzlich gewährtesten Koalitionsrechtes seitens der Unternehmer wehren mußten. In 670 Fällen = 66,9 Proz. gelang es für 23 508 Personen = 55,7 Proz. durch Arbeitseinstellung die beabsichtigten Verschlechterungen erfolgreich abzuwehren. In 97 Fällen war dieses nur teilweise möglich und 207 Streiks blieben erfolglos.

Die Aussperrungen bilden der Zahl nach den geringeren Teil der wirtschaftlichen Kämpfe; sie fallen aber dabei erheblicher ins Gewicht durch die Massen der davon betroffenen Arbeiter. Will man davon reden, daß durch die wirtschaftlichen Kämpfe das Nationalvermögen geschädigt wird, so fällt ein großer Teil dieser Schädigung den Unternehmern zur Last. Im Jahre 1911 wurden 207 Aussperrungen vollzogen, von denen 113 357 Personen, also reichlich ein Drittel aller an den Kämpfen beteiligten Gewesenen, betroffen wurden. Auf die gewerbliche Gruppe der Metallindustrie, Maschinen und Schiffbau kommen allein 60 Aussperrungen mit 76 817 Beteiligten. 88 Aussperrungen erfolgten wegen eines Angriffsstreiks und 46 wegen Forderungen der Arbeiter. Auch bei den Aussperrungen finden wir 14 Fälle, in denen die Unternehmer den Austritt aus der Organisation zu erzwingen suchten. Von den Aussperrungen schlossen 60 = 29 Proz. mit vollem und 47 = 22,7 Proz. mit teilweisem Erfolg für die Arbeiter und für 82,1 Proz. der Beteiligten ist voller oder teilweiser Erfolg erzielt worden. 1910 fanden Aussperrungen in weit erheb-

lischerem Umfange statt, doch ist dieses, wie schon erwähnt wurde, auf den Kampf im Baugewerbe zurückzuführen. Seit dem Jahre 1900 wurden von den Unternehmern 2968 Aussperrungen verhängt, die 884 512 Arbeiter in Mitleidenschaft zogen. Der durch diese Aussperrungen erlittene Verlust an Arbeitszeit beläuft sich auf 19 351 996 Tage. Der Geschlossenheit der Arbeiter in ihren gewerkschaftlichen Organisationen ist es zu danken, daß die Unternehmer nur bei 22,3 Proz. der Aussperrungen ihren Zweck vollständig erreichten. 29,9 Proz. der Aussperrungen endeten dagegen mit vollem und 38,9 Proz. mit teilweisem Erfolg der Arbeiter. Diese haben sich mit der Aussperrungstaktik der Unternehmer abgefunden. Sie haben seit 1900 nicht weniger als 41 948 850 Mk. für Aussperrungen verausgabt. Ihre Opferfreudigkeit ist aufs stärkste entwickelt und so können sie den kommenden wirtschaftlichen Kämpfen entgegensehen. Sie wissen, daß sie nur durch diese zu höherer Lebenshaltung gelangen werden und können alljährlich auf die Erfolge hinweisen, die sie erzielt haben.

Das Bestreben der Arbeiterchaft, durch Eringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen eine höhere Lebenslage und damit zugleich einen größeren Anteil an den geistigen Lebensbedürfnissen zu gewinnen, ist die Ursache der wirtschaftlichen Kämpfe. Es ist deshalb wichtig zu wissen, welche Erfolge das kraftvolle Ringen der Arbeiterklasse mit dem Unternehmertum gezeitigt hat. Durch die gesamten Bewegungen haben 1911 erreicht: 293 316 Personen eine Arbeitszeitverkürzung von zusammen 760 594 Stunden pro Woche und 592 066 Personen eine Lohnerhöhung von insgesamt 1 058 594 Mk. pro Woche; außerdem wurden noch für 393 618 Personen sonstige Verbesserungen der Arbeitsbedingungen erzielt. Abgewehrt wurde: Für 4350 Personen eine Arbeitszeitverlängerung von 19 127 Stunden, eine Lohnkürzung für 15 648 Personen von insgesamt 26 344 Mk. pro Woche und sonstige Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen für 37 941 Personen. Der größte Anteil der Errungenschaften entfällt auf die Bewegung der Arbeitszeinstellung. Es wurde bei dieser erreicht: Für 207 583 Personen = 70,8 Proz. eine Arbeitszeitverkürzung von 534 984 Stunden und für 469 009 Personen = 79,2 Proz. eine Lohnerhöhung von 799 063 Mk. pro Woche. Dagegen haben bei den Arbeitskämpfen erreicht: 85 733 Personen = 29,2 Prozent eine Arbeitszeitverkürzung von 225 610 Stunden und 123 057 Personen = 20,8 Proz. eine Lohnerhöhung von 239 531 Mk. pro Woche.

Die Feststellungen über die Resultate der Bewegungen erfolgen seit dem Jahre 1905. Soweit dabei die Erfolge bezüglich Verkürzung der Arbeitszeit und Lohnerhöhung in Frage kommen, gewähren die 7 Berichtsjahre folgendes Bild:

Es erreichten:

Arbeitszeitverkürzung:			
1905	183 658 Pers. auf	686 137 Std. pro Woche	
1906	337 441 " "	1 238 725 " "	
1907	245 695 " "	900 739 " "	
1908	59 324 " "	183 751 " "	
1909	66 794 " "	215 813 " "	
1910	344 570 " "	756 564 " "	
1911	293 316 " "	760 594 " "	
Lohnerhöhung:			
1905	412 331 Pers. auf	857 524 Mk. pro Woche	
1906	684 157 " "	1 271 208 " "	
1907	497 963 " "	955 871 " "	
1908	236 641 " "	365 923 " "	
1909	243 400 " "	429 744 " "	
1910	827 627 " "	1 815 537 " "	
1911	592 066 " "	1 058 594 " "	

Die im Jahre 1911 abgeschlossenen Tarifverträge als Folge der Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen sind nicht so zahlreich als im Jahre 1910. Im Jahre 1909 wurden 1913 Tarifverträge für 159 628 Personen, 1910 4398 Verträge für 607 023 Personen und 1911 3499 Verträge für 304 481 Personen abgeschlossen. Im Jahre 1910 war wiederum die Aussperrung der Bauarbeiter von Einfluß. Es wurden in diesem Jahre für das Baugewerbe 2142 Verträge für 372 384 Personen vereinbart, während 1911 im Baugewerbe nur 831 Verträge für 52 480 Personen zum Abschluß kamen. Es wurden dann ferner Tarifverträge abgeschlossen: In der Metallindustrie in 539 Fällen für 54 550 Personen, im graphischen Gewerbe und der Papierindustrie in 65 Fällen für 16 328 Personen, in der Holzindustrie in 498 Fällen für 50 829 Personen, in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie in 591 Fällen für 27 638 Personen, in der Bekleidungs-, Leder- und Textilindustrie in 278 Fällen für 50 419 Personen, im Handels- und Transportgewerbe in 505 Fällen für 34 504 Personen und in den sonstigen Berufen in 192 Fällen für 17 733 Personen.

Schon im Bericht des Vorjahres wiesen wir darauf hin, daß die Zahl der Fälle, in denen es zum Tarifabschluß kam, nicht gleichbedeutend ist mit der Zahl der abgeschlossenen Verträge. Da oftmals an Bewegungen, die zum Tarifabschluß führen, mehrere Organisationen beteiligt sind, so können Doppelzählungen der Tarife nicht vermieden werden. Es können solche auch für eine Organisation eintreten,

wenn die gleiche Bewegung zum Teil mit und zum Teil ohne Arbeitseinstellung verläuft und es in beiden Fällen zum Tarifabschluß kommt. Diese Doppelzählungen lassen sich nicht hier, sondern nur in der Tarifstatistik ausscheiden.

Christliche Bekenntnisse.

Die christlichen Gewerkschaften leugnen bis auf den heutigen Tag die historische Wahrheit, daß sie nicht im Interesse der Arbeiter, sondern zum Kampfe gegen die freien Gewerkschaften gegründet wurden. Zu den erdrückenden geschichtlichen Beweisen für diese Tatsache kommen noch ständig neue hinzu, die alle klar und unwiderleglich zeigen: das würdige Elternpaar der christlichen Gewerkschaften: Klerus und Zentrumsparthei. Diese kümmern sich nur dort um die Arbeiter, wo sie die freigewerkschaftliche Organisation dazu zwingt. Da eilen dann auf den Ruf ihrer frommen Gönner die christlichen Gewerkschaftsführer zu Gründungen herbei, nicht um den Arbeitern zu helfen, sondern um sie vor der Wahrung ihrer Interessen in den freien Gewerkschaften abzuhalten. Solche Wirkungen hat natürlich auch die letzte Reichstagswahl hervorgerufen. In der M.-Gladbacher „Westdeutschen Arbeiterzeitung“, dem Organ des Herrn Giesberts, hat der Ausfall der Wahlen eine für den Gegner recht amüsante Diskussion unter dem Titel „Stadt und Land“ darüber hervorgerufen, wer denn eigentlich den christlichen Klerikern in den Sumpf geschoben hat. Und siehe da, es ertönt das alte Lied, das man kennt, seit die christlichen Gewerkschaften das deutliche Gewerkschaftsleben verunzieren. Keiner wirft die Frage auf: Müßten wir nicht etwa doch uns mehr um das Wohl der Arbeiter kümmern? Das ist völlig Nebensache. Aber alle erörtern heiß vor Eifer das Problem: Wie können wir die ins rote Lager desertierenden Anhänger bei der schwarzen Fahne erhalten?

Mögen sie sich immerhin die Köpfe darüber zerbrechen; uns interessieren an dieser Diskussion nur die Bilder, die hier Geistliche und katholische Arbeiter von dem „geistigen“ Leben in den Gegenden entwerfen, die die belebenden und erwärmenden Strahlen unserer Bewegung noch nicht erreicht haben. Da erfährt man:

„Zunächst ist es durchaus richtig, daß nicht alle Katholiken auf dem Lande, weil sie eben ihre kirchlichen Pflichten erfüllen, als „gute“ Katholiken zu bewerten sind. Auch auf dem Lande, auch in der Eifel, gibt es viele, deren religiöses Bedürfnis gering ist. Was sie in die Kirche führt, ist eben mehr oder minder die Sitte, die allgemeine Übung, die Kontrolle des ganzen Dorfes. Sind sie dieser entronnen, finden sie sich in anderen Verhältnissen auf sich selbst angewiesen, dann geben sie nur allzu leicht, wie die anderen Zusammenhänge und Gewohnheiten ihrer Dorfgemeinschaft, auch den Zusammenhang mit der Kirche auf.“

Da haben wir also das Eingeständnis. Auch in den wirtschaftlich zurückgebliebenen Gebieten, auch in der Eifel, sieht es mit der Christlichkeit nur so lala aus. Die Sitte, die Kontrolle (lies: der geistliche Terrorismus) treibt die Leute in die Kirche. Streifen sie mit dem Fortzug aus dem Dorfe den Zwang ab, so werden sie freie Menschen und reichen ihren Arbeitsbrüdern, gleich welchen Glaubens, die Hand.

Wenn sie das tun, haben sie es natürlich mit ihrem Hirten verdorben und deshalb müssen ihnen in aller christlichen Nächstenliebe ein paar Schimpfwörter nachgerufen werden:

„Sodann beachte man auch, daß wohl auch der kräftige, solide Bauernschlag seinen Ueberfluß an Arbeitskräften teilweise an die Industrie abgibt, daß es aber sehr oft Elemente von milderer sittlicher und religiöser Qualität sind, die ihr Glück in der Stadt suchen. Auch auf dem Lande, auch in rein katholischen Gegenden gibt es Leute genug, die schon im Dorfe, in der Heimat leicht für die Sozialdemokratie zu gewinnen wären.“

Das eröffnet den freien Gewerkschaften erfreuliche Aussichten. Wir nehmen die „sittlich und religiös minderwertigen“ gerne an, deren wären sie wirklich so schlecht, würden die Herren in der Soutane nicht so viel Mühe aufwenden, sie im christlichen Lager zu halten. Bei uns werden sie aufrechte, mitbestimmende Männer. Wie es ihnen aber unter ihren Christenbrüdern ergehen kann, das plaudert ein christlicher Arbeiter aus:

„In einer größeren Gemeinde des unteren Sauerlandes mit einer geschlossenen Pfarrei und zwei Geistlichen hat im Laufe der Zeit die Industrie ihren Einzug gehalten. Durch eine Bahn ist der Ort auch für den Verkehr erschlossen worden. Auch ein Zweig der christlichen Gewerkschaftsbewegung setzte sich nach hartem Kampfe um das Koalitionsrecht dort fest. Durch zweifelsprechende Vorträge und durch die Verbandszeitung angeregt, wollen die Arbeiter auch einen Arbeiterverein gründen. Der Herr Pfarrer, ein älterer Herr und schon lange Jahre dort, macht Schwierigkeiten „im Interesse des Friedens

in der Gemeinde“. Man fährt fort, für die Gründung zu agitieren und bittet einen dort noch nicht sehr lange anwesenden Herrn Kaplan, die Sache in die Hand zu nehmen. Anfangs scheint die Geschichte sich glatt zu vollziehen, denn der Herr Kaplan ist mit Leib und Seele dafür. Aber — der eifrige Kaplan wird gesellschaftlich von den Fabrikanten der Gemeinde boykottiert. Er allein kann die Gründung des Vereins nicht vornehmen. Es geschieht noch manches, was hier nicht gedruckt werden kann, der Verein darf nicht gegründet werden.“

Prachtvoll! Die katholischen Arbeiter dürfen keinen Verein gründen, weil es die Herren Fabrikanten — ihre Brüder in Christo — nicht wollen.

Und die Arbeiter lassen sich das gefallen „im Interesse des Friedens in der Gemeinde“. Wehe aber, wenn die freie Gewerkschaft in diesen friedlichen Bereich einzubrechen beginnt; dann dürfen die christlichen Arbeiter nicht nur einen Verein gründen, dann müssen sie es tun, und gläubig werden sie aufhören, wenn ihnen an den Vereinsabenden von dem herrlichen Einvernehmen zwischen Unternehmern und Arbeitern gepredigt wird. Aber einzelne sind doch nicht ganz zu verdümmen und von denen klagt uns einer:

„Hier möchte ich aber auf einen Grundfehler hinweisen, der sehr oft auf dem Lande gemacht wird, namentlich dort, wo die Arbeiterschaft in der Minorität ist. Man erkennt sie nicht als gleichberechtigt an! Nirgendwo hat der Arbeiter ein Wort mitzureden, weder in der lokalen Parteiorganisation noch in der öffentlichen Gemeindevertretung. Das verursacht aber Verbitterung unter den Arbeitern. Wenn dann bei Gelegenheit der eine oder andere die Wünsche seiner Standesgenossen mehr oder minder geschickt vorträgt, wird ihm manchmal eine recht unsanfte Abfuhr zuteil und er selbst zum Sozialdemokraten gestempelt.“

So ist es. Der Klerus und die Zentrumsparthei — oben steht's klar und deutlich — wollen die Arbeiter rechtlos halten. Mag der Unternehmer noch so christlich tun, es fällt ihm nicht ein, die Arbeiter als gleichberechtigt anzuerkennen. Der Klerus aber redet nicht etwa den Unternehmern ins Gewissen, sondern den Arbeitern, damit sie nur ja nicht mit ihren Klassen Genossen sich zusammenschließen.

So zieht sich denn durch die ganze Diskussion der Gedanke: Ueberall da, wo die Arbeiterschaft noch nicht gefährdet ist, sieht man sie über die Schulter an, verwehrt ihnen die Gründung von Arbeitervereinen und christlichen Gewerkschaften. Wo die Kolonnen der freien Gewerkschaften aber näherücken, geht die Marmtrommel rund, und die so plötzlich aus dem geistigen Schlaf Gerüttelten lassen sich als Landsturm gegen die moderne Arbeiterbewegung mißbrauchen. Sie können nicht ahnen, daß sie in einen Bruderkampf ziehen, der nur den Unternehmern nützt. Unsere Aufgabe ist es, ihnen die Augen zu öffnen. Daß diese Arbeit auch in den rückständigsten Gebieten von Erfolg ist, wird uns, wie wir sehen, von den schwarzen Leidtragenden durchaus bestätigt.

Die Gemeinschaft der Koalitionsrechtsfeinde.

Nach dem Bekenntnis eines ihrer Sippe sehen die Junker hinter jedem Streik die Hydra der Revolution lauern. Die Feudalen sind die geschworenen Feinde jedes Volksrechtes und daher ist ihnen auch das Koalitionsrecht in der Seele zuwider.

Herr Bued, der bekante Agent des Zentralscharfmacherverbandes, forderte grundtätlich unter jubelndem Beifall der Großindustriellen: die Zerstückelung der Gewerkschaften. Dr. Lille, ein Theoretiker des wütendsten Scharfmachertums und Angehöriger einer Scharfmacherorganisation, bezeichnete die Bestrebungen der Arbeiter auf Verbesserung ihrer sozialen Lage als „Erpressung“, er stellte streikende Arbeiter mit Dieben und Mördern auf eine Stufe. Der Dritte im Bunde ist der Zentrumsabgeordnete Giesberts, das geistige Haupt der christlichen Gewerkschaften. Er liefert den ausgesprochensten Arbeiterfeinden Material gegen die Arbeiter, indem er feil und kühn behauptete, in vielen Betrieben fände kein Arbeiter Beschäftigung, wenn er sich nicht dem Terror der freien Gewerkschaften unterwürfe. Und dann prägte dieser Arbeiterführer das Schlagwort „Erst rot, dann Brot!“ Woher stammt diese edle Gemeinschaft? In Deutschland hat die moderne, von den Schläden der Harmoniephantastereien befreite Arbeiterbewegung die größten Fortschritte gemacht. Natürlich machen sich hier nun neben den vorwärtstreibenden auch am meisten die hemmenden und feindlichen Kräfte bemerkbar. Und nun zeigt sich, daß dem Koalitionsrecht auch aus den Reihen mit ausgesprochen gewerkschaftlichen Anschauungen eine erbitterte Gegnerschaft und Gefahr erwächst.

Feudale Junker, konservativ-klerikale und nationalliberale Scharfmacher, liberale Sanjabiner, gelbe Werkvereine, christliche Gewerkschaften und Hirsch-Dundersche Gewerksvereine hegen um die Wette gegen

die freien Gewerkschaften. Die Motive freilich sind sehr verschieden. Die Homogenität besteht nur in dem Ziele, den freien Gewerkschaften Hemmnisse anzulegen.

Daß die Junker als geschworene Feinde des Volkes dem Koalitionsrechte abhold sind, ist nicht weiter verwunderlich. Der wütende Haß, mit dem die Großindustriellen die freien Gewerkschaften verfolgen, die Arbeiterbewegung zerstören möchten, erklärt sich aus ihrem Klassen- und Profitinteresse.

Von den gelben Verrätervereinen kann man kaum etwas Besseres erwarten, als daß sie nach der Pfeife ihrer Geldgeber tanzend in die Gehe gegen das Koalitionsrecht mit einstimmen. Wie aber kommen Hirsch-Dunder'sche Gewerksvereine und christliche Gewerkschaften in die Gemeinschaft der unverföhlichen Feinde der Gewerkschaften? Man bekundet solche Gemeinschaft durch ein mit fanatischem Eifer betriebenes Geschrei über Terrorismus von seiten der freien Gewerkschaften.

In den Organen der beiden Gewerkschaftsrichtungen nehmen erlogene und gefälschte Erzählungen über verübten Terror einen breiten Raum ein; sie gehören zum ständigen Repertoire ihrer Agitatoren! Und die Scharfmacher jubeln! Arbeiterführer liefern ihnen Material gegen die Arbeiter! Am tollsten trieben es die Christen beim letzten Bergarbeiterstreik. Man goß bewußt Wasser auf die Scharfmachermühlen. In der letzten Berliner Stadtverordnetenversammlung operierte ein Führer der Hirsche, Herr Goldschmidt, mit dem Giesbert'schen Schlagwort: die städtischen Arbeiter forderten Abschluß korporativer Arbeitsverträge. Unter dem Gejauchze seiner Gesinnungsgenossen heßte der Freisinnsmann, indem er allerlei Terrorismusschwändelein produzierte und dem Giesberts nachplapperte: Erst rot, dann Brot!

Aus welchem Boden sog der Haß gegen das Koalitionsrecht bei den gegnerischen Gewerkschaften seine Nahrung? Mißgunst und Neid ließen die mörderische Gehe gegen das eigene Wohl aufkommen. Die Erkenntnis der eigenen Ohnmacht im Wettbewerb mit den freien Gewerkschaften trieb die Christen und Hirsche in das Lager der grundsätzlichen Arbeiterfeinde!

Solange die genannten gegnerischen Organisationen der trügerischen Hoffnung lebten, sie könnten den freien Verbänden Abbruch tun, selbst nebenswerte Fortschritte machen, verteidigten sie das Koalitionsrecht, forderten sie seine Erweiterung und Sicherstellung. Die Erfahrung lehrte aber, daß sie gegen die freien Gewerkschaften — trotz allerlei Begünstigungen — nicht nur nicht ankamen, sondern sogar den Rückgang antreten mußten. Diese Erkenntnis macht sie zu Gegnern des Koalitionsrechtes — für die freien Gewerkschaften. Diesen sollen gesetzliche Fesseln die Weiterentwicklung erschweren, damit ihre gegnerischen Organisationen größere Freiheit und Entwicklungsmöglichkeit erlangen. Die Loren hoffen nämlich, man werde ihnen selbst keine Schwierigkeiten bereiten! Das ist natürlich eine Illusion. Hat die Haß Erfolg, dann wird man allen Organisationen, die sich den Unternehmern auch nur in etwas unbequem machen, Ausnahme Gesetze aufzuhalsen versuchen. Blinder Ehrgeiz macht die Christlichen und Hirsch-Dunderianer zu Handlangern von Bestrebungen, die, wenn sie Erfolg hätten, ihnen eher als wie den freien Gewerkschaften den Galgen errichten würden.

Gesteigerte Gütererzeugung, Reichthums-häufung, Nothstand!

Eine fast märchenhafte Steigerung der Produktivität der Arbeit, riesenhafte Reichthums-häufung bei einem kleinen Teile Auserwählter des Glücks und bittere, teilweise die einfachste Lebenshaltung bedrohende Noth in weiten Schichten der Werte schaffenden Bevölkerung: das sind drei Erscheinungen, die der Entwicklung innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung das charakteristische Gepräge geben.

Ein anschauliches Bild von der größeren Produktivität der Arbeit in den modernen, auf der Höhe der Technik und Organisation stehenden Betrieben gab Professor Kammerer gelegentlich der Verhandlungen des Vereins für Sozialpolitik in Wien im Jahre 1909. Hier ein paar Beispiele zur Illustration: In einem Kesselhause waren 54 Heizer und 2 Oberheizer erforderlich. Eine Tonne Dampf verursachte 0,164 Mk. Lohnkosten. Man baute Kettenroste ein. 34 Heizer wurden überflüssig; für sie wurden 2 Maschinisten eingestellt. Der Lohnaufwand für eine Tonne Dampf — einschließlich der Zinsen und Amortisation der neuen Anlage — betrug nur noch 0,095 Mk. Die Entwicklung der Bergbaukunst hob die Förderung im Steinkohlenbergbau seit 1850 von 130 Tonnen pro Mann und Jahr auf 260 Tonnen. Die Anwendung neuer Schaufelbagger bei Erdbewegungsarbeiten erlaubte es, den bisherigen Arbeiterstamm von 25 auf 9 zu reduzieren; die Kosten für die Bewegung von 1 Kubikmeter Erde sanken von 75 Pf. auf 25 Pf. In den modernen Großbetrieben sieht man heute in Abteilungen, in denen früher 10, 15 ja 20 Mann beschäftigt waren, nur noch 2 bis 4 in Tätigkeit. Trotzdem wird mehr produziert. Umfangreiche Arbeitsprozesse, z. B. von dem Beginn eines Walzverfahrens

bis zum Ausstoß des fertigen Erzeugnisses, regeln sich nunmehr automatisch. Es sind nur noch einige Leute zur Bedienung der Maschinen erforderlich.

Das sind die Resultate der modernen Technik! Aber schon vorher hatte die Maschine die Produktivität ganz gewaltig gesteigert. Darüber macht Professor Huber in seinem Buche „Deutschland als Industriestaat“ nach einer ausführlichen Erhebung aus dem Jahre 1899 folgende interessante Angaben. Es erforderte die Herstellung von 100 Pfund Garn bei der Handarbeit 3117 Stunden mit 382 Mk. Arbeitslohn, bei der Maschinenarbeit hingegen nur noch 19 Stunden mit 5 Mk. Lohnkosten. Der Aufwand für die Hervorbringung von 1000 Pfund Nadeln sank bei der Benutzung von Maschinen auf 12 Stunden und 9 Mk. Lohnkosten gegenüber 475 Stunden und 344 Mk. bei Handarbeit. 100 Pfund Hufnägel beanspruchten bei der Handarbeit 250 Stunden und 262 Mk. Lohn, nach Einführung von Maschinen nur noch 63 Stunden und 9,5 Mk. Lohn. Die Anfertigung von zehn Pfählen in der Handarbeit dauerte 1180 Stunden und erforderte 229 Mk. Lohn; bei der Verwendung von Maschinen betrug der Zeitaufwand nur noch 37 Stunden, die Summe der Kosten 33 Mk. Mit der Hand hergestellt verlangen 100 000 Zigaretten 990 Arbeitsstunden und 409 Mk. Arbeitslohn; nach der Einführung der Maschinen wurde die gleiche Zahl in 97 Stunden mit 48 Mk. Kosten herausgebracht.

Vergleichen Beispiele könnten zu Hunderten aus allen Gewerben angeführt werden. Sie alle sind Zeugen einer Steigerung der Produktivität der Arbeit, die zu der Ansicht verleiten könnte, die Produzenten müßten im Reichthum ersticken, von Mangel und Noth könne keine Rede sein. Ganz zweifellos erlaube der heutige Stand der Produktionstechnik, alle gesunden Bedürfnisse zu befriedigen. Daß dies nicht geschieht, verdanken wir dem Kapitalismus als Beherrscher der Produktionsmittel: er läßt keine Gebrauchsgüter, sondern lediglich Waren herstellen, und zwar nur dann und in solchem Ausmaß, als es seinem Profitinteresse dienlich erscheint. Zu einem guten Teile verwendet er die gesteigerte Produktivität auf Arbeiten, die kein Konsumbedürfnis befriedigen, und er hemmt andererseits die Erzeugung von Gütern, für die ein starkes ungedecktes Konsumbedürfnis vorhanden ist.

Zu schreiendem Widerspruch zu der vorhandenen Erzeugungsmöglichkeit und der Warenproduktion steht die Lebenshaltung der Arbeiterschaft. Im Vergleiche zu der gesteigerten Produktivität ihrer Arbeit hat sich ihre soziale Lage verschlechtert. Der Anteil des Kapitals am Arbeitsertrage ist gewachsen. Man sieht in der Hauptsache durch zwei große Kanäle den mehr erzeugten Profit abfließen: es sind die Erhöhung des Gewinnes des industriell investierten Kapitals und die Steigerung der Grundrente!

Das Industriekapital gibt ein sichtbares Zeichen seiner Gewinne in den Dividendenanschlüttungen. Nur ein Teil des Gewinnes kommt darin zum Ausdruck, aber die Dividenden fungieren gewissermaßen als Regel, der die Höhe und Veränderung der Gewinne anzeigt. Nach den Ergebnissen der deutschen Aktiengesellschaften, 4680 an der Zahl mit 14 227 Millionen Mark investiertem Kapital, stellt sich die Durchschnittsdividende für 1910/11 auf 8,09 Proz. Den vorausgegangenen Rekordstand hatte sie mit 8,07 Proz. im Jahre 1907/08 erreicht. Das Krisenjahr 1908/09 ließ sie bis auf 7,36 Proz. hinabgehen. Ein Zinsfuß von über 7,36 Proz. wurde früher als unerhörter Wucher angesehen und bestraft. Jetzt erobert einen solchen Profit nicht ein einzelner Wucherer, das ganze in der Industrie arbeitende Kapital erheischt noch höheren Tribut. Vermochte es doch selbst die Profiteure des letzten Jahres nicht, die Klagen des Unternehmertums über ungenügende Rentabilität der Industrie infolge der von den Gewerkschaften angeblich erpreßten hohen Löhne verstummen zu lassen. Dabei muß man berücksichtigen, daß die Dividenden nur einen Teil des Kapitalgewinnes darstellen. In den letzten vier Jahren ist das Aktienkapital aller deutschen Gesellschaften um 1438 Millionen Mark erhöht worden, dagegen wuchsen ihre Aktiven um 7683 Millionen Mark. In dieser Summe stecken große Beträge nicht ausgeschütteter Gewinne.

Die enormen Ueberschüsse und die Reichthums-häufung, wie sie allein die Aktiengesellschaften zum Ausdruck bringen, illustrieren folgende Zusammenstellungen. Es ergaben in Millionen Mark:

	Dividenden	Rein-gewinne	Aktien-kapitalien	Aktiven
1907/08 . . .	1022,6	1472,0	12788,8	47467,8
1908/09 . . .	959,7	1377,3	13200,6	50391,7
1909/10 . . .	1043,9	1504,8	13721,0	52559,8
1910/11 . . .	1133,3	1635,5	14227,5	55150,8

In vier Jahren 4 159 500 000 Mk. Dividenden, 5 989 629 000 Mk. Reingewinn! Ueber 14 Milliarden Mark Aktienkapital und über 55 Milliarden Mark Reserven künden die Ergebnisse der Aktiengesellschaften, gewaltigen Reichthum und riesige Gewinne.

Die andere Gruppe, für welche die gesteigerte Produktivität der Arbeit zum Füllhorn des Segens wurde, bilden die Beherrscher des Grund und Bodens. Ein Teil von ihnen beteiligt sich an dem Raube durch Steigerung der Wohnungsmieten; die eigentlichen

Agrarier, die Herren des Ackerbodens, benutzen die künstliche Verteuerung der Lebensmittel als Wehittel, auf dem sie ihren Anteil am Mehretrage der produktiven Arbeit in Sicherheit bringen. Ueber die Wirkung der Getreidezölle, die nur einen Teil des Lebenswunders darstellen, macht Lujo Brentano folgende Berechnungen auf: Die Zölle verteuerten das Getreide in den drei Jahren 1907/08 um insgesamt 2 485 611 568 Mk., wovon durchschnittlich 828 537 183 Mark jedes Jahr in die Taschen Privater flossen. Je mehr das Volk arbeitet, je produktiver die Arbeit wird, um so unerschämter plündern Industriekapitalisten und Agrarier.

Eine Vorstellung von der durch die Plünderung der Arbeit erzielten Reichthumsanhäufung in den Händen verhältnismäßig weniger Personen liefert die preußische Ergänzungsteuerveranlagung. Diese Steuer erfährt nur Vermögen von über 6000 Mk., aber nicht alle, da ja bekanntlich viele noch größere Vermögen verheimlicht werden. Trotzdem stieg das ermittelte Vermögen von 1895 bis 1908 um fast 28 Milliarden Mark oder durchschnittlich pro Jahr um 2 Milliarden Mark. Die Veranlagung liefert folgende Angaben:

	Zinsen	Vermögen
1895	1 152 322	63 857 171 354 Mk.
1908	1 502 570	91 653 297 197 „

Seidem ist das Vermögen wieder um 5 bis 6 Milliarden Mark gestiegen.

In aufreizender Weise kontrastiert mit der geschilderten Gewinnmacherei, mit der augenscheinlichen Reichthums-häufung die Noth des Volkes, das nicht in der Lage ist, die einfachsten Lebensbedürfnisse ungeschmäler zu befriedigen.

Hier Noth, Mangel an allem, ungezählte Proletarier, die auf Fleischnahrung verzichten müssen, dort heraufschender Reichthum. Das ist das Resultat einer von Industriekapitalisten und Junkern unter Mithilfe des Zentrums und der christlichen Gewerkschaften verteidigten Wirtschaftspolitik!

Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Die Gesamtnachfrage nach den an einem Ort vorhandenen Arbeitskräften — ihr Markt — setzt sich aus der Nachfrage aller Unternehmer zusammen, in deren Betrieben diese Arbeiter Beschäftigung finden können. Der Markt wird dadurch erweitert (so führt Richard Schüller im Novemberheft des Archivs für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik aus), daß für einen größeren oder geringeren Teil der Arbeiter die Erwerbsgelegenheit nicht nur des Aufenthaltsorts, sondern auch andere Plätze, Staaten oder Weltteile in Betracht kommen.

Der Nachfragekreis, der sich so für jede Arbeitergruppe bildet, sei von ungleicher Intensität*). Ist schon innerhalb eines Unternehmens, indem dieses bestimmte Leistungen der Arbeiter durch Maschinen ersetzen könnte, während die übrigen für den Betrieb unentbehrlich oder doch für den Gewinn von entscheidender Bedeutung seien. Große Unterschiede beständen zwischen den Unternehmungen eines Geschäftszweigs; sie wären bereit, sehr verschiedene Löhne zu bewilligen, ehe sie auf die Arbeitskräfte verzichten würden. Maßgebend hierfür sei vor allem ihre Rentabilität, d. h. die Spannung zwischen den für ihre Waren erzielten Preisen aus den Herstellungskosten.

Die Höhe des Gewinnes bestimmt letzten Endes die Verteilung der produktiven Kräfte auf die einzelnen Erwerbszweige. Die Interessen des Kapitals sind also die eigentlichen Ursachen der ungleichen Intensität der Nachfrage nach Arbeitskräften. „Hohe Gewinne werden mit wenigen Arbeitern erreicht, niedrige Gewinne ergeben sich auch bei Beschäftigung zahlreicher Arbeiter.“ Der Unternehmer braucht nicht zu berechnen, welchen Lohn er höchstens zahlen würde, sondern entscheidend ist für ihn, welchen Lohn er zahlen muß, um die nötige Anzahl von Arbeitern zu erhalten. — Aus folgendem Beispiel geht hervor, wie sich die Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt vollzieht. 16 Unternehmer beschäftigen je 100 Arbeiter gleicher Art; die Intensität der Nachfrage entspreche

einem Tagelohn von Mk.	Zahl der Unternehmer	Zahl der Arbeiter
8	1	100
7	2	200
6	3	300
5	4	400
4	3	300
3	2	200
2	1	100

Bieten sich 1300 Arbeiter (oder auch mehr) für 2 Mk. an, so daß auch der letzte Unternehmer, der höchstens 2 Mk. zahlen könnte, Arbeiter erhält, dann kommt die über 2 Mk. hinausgehende Intensität der Nachfrage der übrigen 15 Unternehmer nicht zutage. Alle finden Arbeiter für 2 Mk., keiner braucht mehr zu zahlen. Wären aber die letzten, die ihren Beruf an Arbeitsleistungen noch decken könnten, die zwei Betriebsleiter, für welche die Arbeitskräfte einen Wert von 3 Mk. haben, so würde die Tatsache, daß die

*) Intensität = Kraft, Stärke.

Nachfrage der übrigen 13 Unternehmer 3 Mk. übersteigt, nicht sichtbar werden. Mit anderen Worten: Nach 1600 Arbeitern wird nur zu einem Lohn von 2 Mk. verlangt, 1500 Arbeiter zu einem solchen von nicht mehr als 3 Mk., 1300 Arbeiter für nicht mehr als 4 Mk. usw.

Nachdem der Verfasser die Stellung von Marx, Wöhm-Bawert, Wieser, Webbs, Clark und anderen präzipiert und auf die Mängel der früheren Arbeiten auf diesem Gebiete hingewiesen hatte, kam er zu einigen bemerkenswerten Ergebnissen. Wir heben folgende hervor: Innerhalb jedes Staates bestehen zahlreiche Arbeitsmärkte, die zwar vielfache Wechselbeziehungen aneinander ausüben, aber doch einen individuellen Aufbau zeigen. Nicht nur an verschiedenen Arbeitsplätzen, sondern auch an dem nämlichen Orte sei die Nachfrage nach den einzelnen Kategorien von Arbeitern verschieden geschichtet. Den Arbeitsmarkt im engeren Sinne stelle die Nachfrage nach Leistungen bestimmter Qualität an einem bestimmten Orte dar, z. B. die Nachfrage, die in einer Stadt nach Zeitungslegern oder in einem Dorfe nach ländlichen Tagelöhnern bestehe. Obwohl diese Märkte die verschiedensten Strukturen zeigen, sind für sie doch dieselben Faktoren maßgebend wie für die von ganzen Staaten. Je qualifizierter die Arbeitskräfte seien, desto weniger sei für sie im allgemeinen der lokale Markt ausschlaggebend; Direktoren, Ingenieure, Chemiker, Buchhalter, Reisende, Werkmeister und andere Angestellte, Monteure, Maschinenschlosser, Seher und hochstehende Arbeitskräfte überhaupt seien meist nicht an einen bestimmten Ort gebunden, sondern es komme für sie die Nachfrage weiterer Gebiete in Betracht. Und trotzdem dürfe die lokale Nachfrage nach Arbeitskräften für die Gestaltung der Löhne nicht unterschätzt werden. Benachbarte Arbeitsplätze wirken zwar auf die lokale Nachfrage ein, doch nicht so stark, wie es auf den ersten Blick scheinen möchte. Die Schhaftigkeit, die Kosten für den Arbeitsweg und womöglich auch die geringeren Preise der Lebensmittel einer Stadt wirken in dieser Beziehung mit.

Am Schlusse seiner Ausführungen konstatiert Schüller: Die Ergebnisse unserer Untersuchung stimmen mit der täglichen Erfahrung überein: Erhöhungen der Löhne führen meist keine merkliche Abnahme, Herabsetzung der Löhne keine beträchtliche Zunahme der Nachfrage herbei.

Die Nachfrage nach Arbeitskräften und ihre Gliederung sei ein für die Lohnbildung entscheidender Faktor. Ebenso wichtig für die Erkenntnis der Verhältnisse, von denen die Löhne abhängen, sei die Untersuchung des Angebots und der organisierten oder organisierten Wechselwirkung zwischen Angebot und Nachfrage.

Der unermüdete Louis Varlez, der Begründer des Genter Systems, hat neue Vorschläge zur Umgestaltung der bisherigen Einrichtungen gemacht. Die Nachbar- und Vorortgemeinden der Stadt, die allmählich in den Kreis des Genter Systems gezogen wurden, sollen in dem Komitee (für den Genter Arbeitslosenfonds) eine Vertretung erhalten. Außerdem sollen die Arbeitslosen, deren Rechte auf Unterstützung ihrer Verbände bereits erloschen sind, eine Verlängerung des Lernins der Zuschußzahlung erhalten. Einzelne Später und nichtgewerkschaftliche Sparvereine sollen künftig von dem Bezuge der Zuschüsse ausgeschlossen werden. Für die Zukunft ist jedoch eine spezielle Einrichtung zum Ererb geplant. In dieser Richtung wirkt auch der neuzugewonnene Krisenfonds, der die im Anschluß an Arbeitszeitverkürzungen oder Betriebs Einschränkungen durch Lohnausfall entstandene Not mildern soll. Wie der Berichtstatter im „Arbeitsmarkt“ ausführt, ist dies der interessanteste Punkt der ganzen Reform, durch die das Genter System eine sehr zu begrüßende Erweiterung erfährt. Wenn im Falle einer Krise Arbeitgeber oder Arbeitgebervereine den Arbeitern, ohne daß eine Entlassung erfolgt, Unterstützungen gewähren, soll die Stadt hierzu einen Zuschuß leisten. Die für diese Zwecke verwendbare Summe soll indessen die Hälfte der von dem Arbeitslosenfonds bewilligten Zuschüsse nicht überschreiten dürfen.

Ein Wegweiser für jeden Sozialpolitiker ist das „Kommunale Jahrbuch“, das unlängst zum viertenmal erschienen ist. Das von Lindemann und Südekum herausgegebene Werk enthält auch eine Fülle von Stoff, der die Arbeitnehmerverbände, insbesondere die Gewerkschaften angeht. Zu dem sehr aktuellen Thema der Feuerung führt Bodke (Statistisches Amt Charlottenburg) etwa aus: Die Feuerung mit ihren wirtschaftlichen und gesundheitlichen Nachteilen laßt auf der gesamten städtischen, aber auch auf dem nicht selbst Vieh produzierenden Teil der ländlichen Bevölkerung um so schwerer, als gleichzeitig auch alle übrigen Lebensbedürfnisse, zum Teil infolge der sogenannten Finanzreform, teurer geworden sind und die wirtschaftliche Konjunktur und damit die Erwerbsgelegenheit leider immer noch nicht als befriedigend bezeichnet werden kann. Kamentlich von den ärmeren Volksschichten werde dies als drückend empfunden.

Wenn man gegen die Forderung, die Grenzen für gefühltes und gefrorenes Fleisch frei zu geben, ein-

wende, daß aus Ländern, deren Grenzen für Schlachtvieh schon offen stehen, dennoch nicht die zulässige Zahl von Schlachtvieh eingeführt werde, so überwiegt man dabei, daß die außerordentlich strengen Sicherheitsmaßnahmen und sonstigen Beschränkungen bei der Einfuhr geradezu wie eine Grenzsperr wirken. Daß ein großer Teil dieser Maßnahmen nicht nötig sei, zeige ein Gutachten der Direktoren der bedeutendsten Schlachthöfe. Es genüge vollaus, wenn amtlich verpflichtete deutsche Tierärzte das Fleisch an den ausländischen Schlachtorten untersuchten. Auf der Einfuhr von frischem und gefrorenem Fleisch sei um so mehr zu bestehen, als nach den in England gewonnenen Erfahrungen — gehörige Ueberwachung seines Transports und seiner Aufbewahrung vorausgesetzt — solches Fleisch hygienisch wie physiologisch ein vollwertiges Nahrungsmittel sei.

Der „Arbeitslosenversicherung“ ist ein umfangreicher Abschnitt gewidmet. Die Städte, die während der Berichtszeit Arbeitslosenversicherung eingeführt haben, sind genannt und durch die Bestimmungen zum Bezuge der Unterstützungen ergänzt. Die Ergebnisse der Arbeitslosenabzählungen im Jahr 1910/11 enthält das „N. N.“ ebenfalls, jedoch ist bemerkt, daß die Ergebnisse nicht gut miteinander verglichen werden können, da die Erhebungen nicht einheitlich durchgeführt wurden.

Ueber die Wirkung der achtstündigen Schicht auf die Gasarbeiter in Königsberg weiß der Referent sehr günstiges zu berichten: „Einen unerwartet günstigen Einfluß auf das Familienleben mancher Arbeiter hat in der städtischen Gasanstalt Königsberg die durch Einführung der achtstündigen Schicht geschaffene sechzehnstündige Freizeit ausgeübt.“ Und an anderer Stelle: „Als eine bemerkenswerte Folge der Einführung der achtstündigen Schicht ist ein von den Arbeitern der Gasanstalt beim Arbeiterausfluß mehrfach vorgebrachter Wunsch anzusehen, welcher die Anschaffung von Büchern bezweckt. Auch eine stärkere Inanspruchnahme der Volksbibliotheken ist zu verzeichnen.“ Also wieder einmal ein Beweis dafür, daß die Verkürzung der Arbeitszeit wohltätig wirkt.

Schließlich noch etwas aus der Krüppelfürsorge. Es ist noch genügend bekannt, daß die meisten Krüppel bei geeigneter Pflege zu erwerbsfähigen Menschen herangebildet werden können. Dadurch werden sie seelisch und körperlich gehoben und die Allgemeinheit wird einen großen Teil der Armenlasten los. Wie in „N. N.“ des näheren ausgeführt ist, muß das Bestreben dahin gehen: aus dem Krüppel einen selbständigen und erwerbenden Menschen zu machen und ihn aus einem Almosenempfänger zu einem Steuerzahler werden zu lassen. Die gewerblich oder überhaupt die Bildungsunfähigen sollen versorgt werden. Die Bildungsfähigen sollen gewerblich unterrichtet werden, daneben soll ihnen eine besondere ärztliche Behandlung zuteil werden. In der Verhütung der Verküppelung soll aber die Hauptfrage bestehen.

Der preußische Wahlrechtskampf.

Am 20. Oktober sind vier Jahre verflossen, seitdem der König von Preußen den neugewählten Landtag mit einer Thronrede eröffnete, in der als wichtigste Aufgabe der Gegenwart die Reform des Dreiklassenwahlrechts bezeichnet wurde. Dieses Versprechen des Königs ist bisher nicht eingelöst worden. Der von dem jetzt antretenden Ministerpräsidenten im Jahre 1910 unternommene Scheinversuch, eine Reform des Wahlrechts in die Wege zu leiten, wirkte vielmehr als eine Verhöhnung der entrechteten Massen preußischer Staatsbürger. Der Entwurf scheiterte an seinem eigenen Widerstand während der Verhandlungen in den gesetzgebenden Körperschaften. Die Regierung hat die Einlösung des königlichen Versprechens im Landtage nicht mehr vertreten, sich vielmehr bei der Beratung der fortschrittlichen Anträge hinter die Musrede verschüzt, im Landtage sei eine Mehrheit für eine Wahlrechtsreform nicht vorhanden.

Am 22. Oktober wird nun der Landtag zu seiner letzten Session vor den im nächsten Jahre fälligen Neuwahlen zusammentreten. Das arbeitende Volk hat ein starkes Interesse daran, bei dieser Gelegenheit den Landtag sowohl als die Regierung daran zu erinnern, daß die Reform des preußischen Wahlrechts im Volke noch immer als die dringlichste Aufgabe der Gegenwart angesehen wird, und daß es nicht geneigt ist, die Entrechtung geduldig zu ertragen. Die Führerin im Wahlrechtskampfe, die sozialdemokratische Partei, hat für den 20. Oktober Massenversammlungen in Preußen in Aussicht genommen, in denen die preußischen Wähler an das Versprechen der Thronrede von 1908 wieder erinnert werden sollen und die den Willen des Volkes, für die Einlösung des königlichen Versprechens einzustehen, bezeugen werden.

Das große Interesse der Gewerkschaften an der preußischen Wahlrechtsfrage ist von uns wiederholt zum Ausdruck gebracht worden. Dem preußischen Landtage unterstehen wichtige sozialpolitische Gebiete, die in die Arbeitsverhältnisse von Millionen von Arbeitern eingreifen. Ihm untersteht nicht minder die Kontrolle der Ausführung von für die Gewerkschaften wichtigen Reichsgesetzen durch die preußische Regierung und ihre Behörden. Das geltende Drei-

klassenwahlrecht sichert einer Minderheit notorischer Arbeiterfeinde die parlamentarische Majorität in Preußen, die rücksichtslos die Interessen der breiten Massen der Bevölkerung niedertreten, den politischen Fortschritt hemmen und allen reaktionären Anschlägen Vorschub leisten. Von dieser Politik werden die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und ihre Organisationen am schwersten betroffen. Sie haben daher ein Lebensinteresse daran, daß die preußische Wahlrechtsfrage auf demokratischer Grundlage gelöst wird, damit auch im preußischen Landtage die gewerkschaftlichen Arbeiterinteressen eine gebührende Vertretung finden.

Es ist bei dieser Sachlage notwendig, daß die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter sich an den Versammlungen am 20. Oktober vollzählig beteiligen und dadurch zum Ausdruck bringen, daß die jetzige Grundlage für die Zusammensetzung des preußischen Landtages ihren Interessen und Wünschen ebenso wenig entspricht, wie die von diesem Landtage in allen sozialpolitischen und sonstigen Arbeiterfragen bisher eingenommene Haltung.

Wirtschaftliche Rundschau.

Neue politische Krisen — Günstige Reichsbanklage am Quartalschluß — Die letzten heimischen und internationalen Entschärfungen.

Die Hausstimmung, in der soeben noch alles glückstrahlend sich sonnte, hat plötzlich durch die Balkanwirren eine jähe Unterbrechung erfahren. Am Nachmittag des 30. September nahmen die Gerüchte über die Mobilmachungen in Bulgarien, Serbien und Griechenland zum ersten Male eine ganz bestimmte, amtlich unbefristete Form an und sofort antwortete die Frankfurter Abendbörse mit beträchtlichen Kursrückgängen: bei hervorragenden Bankwerten um 2 Proz. (Berliner Handelsgeellschaft) und sogar um 3 1/2 Proz. (österreichische Kreditaktien). Nebenher sanken die Montanwerte: Vösendkirchener Bergwerk von 211 1/2 auf 209, Deutsch-Lugener von 188 1/2 auf 183 1/2, Bochumer Verein von 242 1/2 auf 237 1/2. In der Pariser Börse trat eine ganz außerordentliche Verteuerung der Vörsenzinssätze ein. Während sonst für diese Jahreszeit der normale Satz, je nach der Art und dem Zweck des Darlehens, etwa 3 bis höchstens 4 1/2 und 5 Proz. beträgt, mußte man diesmal bereits 4 bis 6 Proz. zahlen. Nur der Septemberschluß des Vorjahres 1911 zeigte, weil damals gerade die Marokkauseinanderbrechung ihren kritischen Höhepunkt erreicht hatte, ungefähr die gleichen Ziffern. Die Londoner Börse befandete gleichfalls, obwohl zunächst ohne starke Erschütterungen, eine allgemeine Ermattung. Die Berliner Börse hatte schon auf die vorausgegangenen bloßen Vermutungen und Gerüchte hin eine merkbare Verflaumung erlitten: sowohl in Banaktien- und Montanpapieren wie in Schiffahrts- und Elektrizitätswerten; auch die dreiprozentigen heimischen Anleihen büßten am 30. September gegen 1/2 Proz. ein.

Die eigentliche Panik brachte jedoch erst der folgende Tag, der 1. Oktober. Der Verkaufssturm war in Werten aller Art ein dermaßen heftiger, daß alle Beruhigungsversuche der Interessenten und Laufen durch Deckungs- und Interventionskäufe versagten. In Berlin waren in der ersten Vörsenstunde Kursstürze von 10 und sogar 16 Prozent bei namhaftesten Vörsenpapieren nichts Seltenes, und gerade die Montan- und Schiffahrtswerte erfuhren den stärksten Druck: Vösendkirchener beispielsweise erlitt im Sandumdrehen einen Kurssturz von nicht weniger als 16 Prozent. Erst allmählich kehrte eine etwas größere Ruhe zurück, zahlreiche Kurse erholten sich wieder ein wenig, aber das Schlußbild am 1. Oktober blieb, verglichen mit dem jemals schon nicht günstigen Vortage, niederschmetternd genug. Auf dem Montanmarkt verloren Vösendkirchener immer noch gegen 13 Proz., Harpener und Deutsch-Lugener 8 1/2 Proz., Laurahütte und Bochumer 5 Proz. — von den Schiffahrtsaktien die Hamburg-Amerika-Linie (anfangs 13 1/2, schließlich 8 1/2 Proz., Norddeutscher Lloyd 6 1/2 Proz. — von den Elektrizitätswerken die große A. G. G. sowie Siemens u. Halske 5 Proz., Schuderer 6 Proz. — von den Großbanken die Deutsche Bank 4 1/2 Proz., die Dresdener Bank 3 1/2 Proz., die meisten anderen Banken mindestens 2 Proz. Ähnlich war die Haltung der Wiener Börse, während London und Paris sich ruhiger verhielten. In Petersburg hatten besonders die russischen Industrieaktien einen schweren Kurssturz durchzumachen, in denen vorher seit Monaten eine starke Ueber Spekulation stattgefunden hatte.

Dies war um so bitterer, als gerade die letzten Vortage recht erfreuliche Erfahrungen geboten hatten. Vor allem war es eine angenehme Ueberraschung, daß die Reichsbank über die alle Geld- und Kreditkräfte anspannende Quartalswende ohne Diskonterhöhung hinwegkam. Nach den Ausführungen des Reichsbankpräsidenten Havenstein, am 28. September vor dem Zentralauschuß, unterschied sich die Entwicklung des Status während des ganzen Septembers sehr zu ihren Gunsten nicht nur von dem Vorjahr, das sich ja für den September aus den bekannten politischen Gründen überhaupt nicht zum Vergleich eignet, sondern auch von den vorausgegangenen Jahren. Während der August sonst in seinem Verlauf keine erhebliche Steigerung der Inanspruchnahme der Reichsbank bringt, dagegen der September diese Inanspruchnahme von Woche zu Woche zu steigern pflegt, zeigte das laufende Jahr eine umgekehrte Entwicklung, im August eine gegen das Vorjahr zunehmende Verschlechterung des Status und eine gleiche Verschlechterung in der Bewegung der privaten fremden Gelder. Dagegen brachte der September neben einer zwar ansehnlichen Steigerung des Wechselkontos doch eine noch wesentlich stärkere Zunahme der privaten fremden Gelder, namentlich auch auf den Konten der Banken, die beträchtlich über die aller Vorjahre hinausgeht und selbst die des Jahres 1911 erheblich hinter sich läßt. Infolgedessen hat die Inanspruchnahme der Reichsbank auf Wechsel- und Lombardkonten, abzüglich der privaten fremden Gelder, in dem Zeitraum vom 31. August bis 23. September, die im

*) Graf Fischer, Jena 1912.

Vorjahre eine Steigerung von 107, in den beiden vorausgegangenen Jahren eine solche von 11 und 13 Millionen Mark aufwies, in diesem Jahre eine Minderung von 57 Millionen erfahren, und der Gesamtstatus der Reichsbank, gemessen an den ungedeckten Noten, der im Vorjahre eine Verschlechterung um 74 Millionen, in den beiden vorausgegangenen Jahren eine Besserung von 39 und 42 Millionen zeigte, hat sich in diesem Jahre in dem gleichen Zeitraum trotz der Vorjahre noch lebhafter gewordenen wirtschaftlichen Entwicklung um 108 Millionen gebessert. Diese Entwicklung ist um so erfreulicher, als der deutsche Geldmarkt in diesem Jahre im wesentlichen auf eigener Kraft ruht. . . . Der Metallbestand ist stärker als in den Vorjahren, auch sind die Devisenkurse nicht ungünstig. Von einer Diskontenerhöhung glaubt die Reichsbank nach Lage der Dinge absehen zu dürfen. Da die Geschäftswelt zu einem großen Teil sich schon auf die sonst vor dem großen Herbsttermin übliche einprozentige Erhöhung der geltenden, bereits 4 1/2prozentigen Rate gefaßt gemacht hatte, so wirkte diese Mitteilung um so vorteilhafter.

Dazu gesellten sich vertrauensweckendere Nachrichten aus der Landwirtschaft, die endlich wieder von der Witterung mehr begünstigt wurde. Ob das noch den letzten Körnerernten in Deutschland zugute gekommen ist, darüber gehen die Urteile auseinander. Ehe die in Angriff genommenen Herbstbestellungen beendet sind, wird kaum viel neues Getreide ausgedroschen und zu Märkte gebracht sein; erst dann sind reichlichere Zufuhren und sicherere Ueberblicke über das Gesamtergebnis zu erwarten. Dagegen sprach sich selbst der lechtwöchentliche Bericht des Deutschen Landwirtschaftsrates bestimmter und hoffnungsvoller über die Aussichten der deutschen Kartoffelernte aus: Die Fäule habe keinen so großen Umfang gewonnen, wie während der unaufhörlichen Niederschläge der Vorwochen befürchtet worden war; mit dem Ertrage sei man im allgemeinen zufrieden und die Erwartungen könnten leicht im allgemeinen noch übertroffen werden. Geht man zur internationalen Produktion über, so stellt sich das Bild noch mehr auf. Ueber große Ausfuhrmengen verfügen zweifellos Rußland, die Vereinigten Staaten und wohl auch Rumänien; die argentinischen Aussichten bleiben nach wie vor glänzend; Indien, Australien und Kanada werden ebenfalls mit verhältnismäßig hohen Erntemengen anzusehen sein. Die Qualität und damit die Verwendbarkeit des russischen Weizens soll zwar vielfach durch den übermäßigen Regen beeinträchtigt sein, dagegen wird der nordamerikanische Weizen als auch qualitativ hervorragend gut eingeschätzt. Wenn bisher nur die nationale (amerikanische, russische), nicht die europäische Preisbildung dadurch beeinflusst wurde, so liegt das wesentlich daran, daß die Schiffsahrt bei den reichlich lohnenden Frachten anderer Art und anderer Verkehrsrichtung sich dem Getreideexport noch wenig zur Verfügung gestellt hat; sowohl in Rußland wie in den Vereinigten Staaten und in Rumänien klagt man über den Mangel an Achsenraum. Im großen und ganzen kommt der Handel immer wieder auf die günstigeren Marktschätzungen zurück, die er vor dem Eintritt des langandauernden Regens bereits vornahm. Wir hoben Anfang Juli die starken Preisunterschiede zwischen damaliger Lieferung bei sehr knappen Restvorräten und späterer Lieferung bei damals allgemein erwarteter reichlicher neuer Welsernte hervor: „in Berlin notierte Juliweizen und Zukitrogen in der Woche vom 11. zum 18. Juni 229 bis 232 und 193 1/4 bis 195 1/4 Mk., während in der übernächsten Woche (25. Juni bis 2. Juli) der Septemberweizen stets unter 208 1/4, der Septemberroggen für 174 1/4 Mark zu haben war“. Zuletzt, am 30. September, notierte in der Tat Septemberweizen abermals 209 1/4 bis 210 1/4 Mk., Dezemberweizen 207 1/4 bis 208 1/4 Mk., Septemberroggen 173, Dezemberroggen 170 1/4 bis 171 1/4 Mk. Nachdem die erste Stufe der Ermäßigung sich so lange gehalten hat, stände nunmehr wahrscheinlich eine zweite, abwärts gerichtete Stufe bevor — falls die politische Entwicklung nicht einen neuen Strich durch alle diese Rechnungen macht. Denn Rußland und die Donauländer würden sicherlich zu Ausführbeschränkungen und Ausfuhrverboten übergehen, falls sie in ernste Konflikte hineingerissen würden.

Berlin, 2. Oktober 1912.

Mag Schippel.

Bewegung im Berufe.

Zugung ist fernzuhalten nach folgenden

Brauereien:

Offenburg, Brauerei Rundingen.

Mühlen:

Gütten b. Königstein, Mühle Reibig.
Witschappel b. Dresden, Weidold u. Lohmann.
Oberkämpfungen, Kunstmühle G. Lederhose.

Lohnbewegungen. — Tarifverträge. — Differenzen.

Brauereien.

† Braunschweig. Zum wiederholten Male waren die Brauereiarbeiter aller Kategorien am Sonntag, den 6. Oktober, in beiden Sälen des Gewerkschaftshauses zusammengetreten, um sich von ihren Organisationsvertretern Bericht über den Stand der Lohnbewegung ersäßen zu lassen. Aber enttäuscht, wie bei vorausgegangenen Versammlungen, waren sie auch diesmal wieder über das wenige Entgegenkommen der Verbandsbrauereien. Diese glauben einfach, über das erstmalige Angebot, welches von den Brauereiarbeitern abgelehnt wurde, nicht hinausgehen zu können, obwohl längst feststeht, daß kleinere Brauereien, wie Steger und Löwenbräuerei, weit höhere Zugeständnisse gemacht haben, ohne daß sie dabei zugrunde gehen wollen. Die Arbeiter und Arbeiterinnen stehen deshalb auf dem ganz richtigen Standpunkte, daß das, was ein Kleinbetrieb zu leisten imstande ist, einem Großbetrieb schon längst möglich sein muß.

Der Vertreter der Brauereien, Herr Dr. Salomon, steht allerdings auf einem anderen Standpunkt und meint, eine kleinere Brauerei könne leichter Zugeständnisse machen, weil sie nicht so viel Leute beschäftigt, wie eine Großbrauerei. (??) Auch meinte der

Vertreter der Brauereien über die Regelung resp. Bezahlung der Sonntagsarbeit für die Bierfahrer, daß Lage einfach in deren Beruf. Infolgedessen müßten sie sich schon gefallen lassen, wenn sie Sonntags mehrere Stunden, teilweise bis Mittag, ohne Extrabehaltung arbeiten müßten. Ebenso für selbstverständlich hielt es dieser Rechtsanwalt, daß der Maschinist und Geizer, weil er eben Maschinist und Geizer ist, so lange bei der Maschine oder dem Kessel zu bleiben hat, als beides im Gange gehalten werden muß. Ein Anrecht auf Bezahlung resp. Ablösung für die zu verlangenden Pausen stehe dem Arbeiter nicht zu. Diese „salomonische“ Weisheit müssen wir festhalten für spätere Zeiten.

Nur soviel sei gesagt, Herr Salomon und auch die Brauereidirektoren würden es weit von sich weisen, wenn man von ihnen das gleiche verlangen würde. Auch glauben die Brauereien nicht unter 9 1/2 Stunden Arbeitszeit für den inneren Betrieb herunter gehen zu können. Die Versammlung hat denn auch dieses Angebot wiederholt und mit Entrüstung von sich gewiesen und klar zum Ausdruck gebracht, daß sie unter solchen Umständen gar nicht daran denkt, einen Tarifvertrag mit den Verbandsbrauereien abzuschließen. Die Versammlung war vielmehr der Meinung, daß, wenn die Brauereien in den nächsten Tagen keine annehmbaren Vorschläge auf die Gegenwortsätze der Arbeitervertreter machen, man dann die ganze Tarifbewegung bis zu einer uns günstigen Zeit zurückstellen solle. Dies ist zweifellos die richtige Antwort auf die verschleppte Taktik der Brauereien gewesen. Nun mögen die Brauereien entscheiden wie sie wollen, dann aber auch die Konsequenzen ihrer Handlungsweise auf sich nehmen. Die Arbeiter lehnen jede Verantwortung ab, da sie der Meinung sind, früh genug die Forderungen übermittelt und andererseits auch dieselben auf ein Mindestmaß beschränkt zu haben. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die von über 600 Personen besuchte Versammlung am Sonntag, den 6. Oktober, beurteilt aufs schärfste die nichtsagende und nichtsbringende Verhandlungs- und Verschleppungstaktik der Verbandsbrauereien, und erklärt, daß unter solchen Umständen gar nicht daran zu denken ist, einen Tarifvertrag abzuschließen. Sie erwartet vielmehr in den nächsten Tagen einen annehmbaren Gegenwortsatz seitens der Brauereien, der sich zum mindesten mit den Zugeständnissen der abgeschlossenen Brauereien deckt.“

Sollten wider Erwarten die Brauereien auf ihrem bisherigen Standpunkt stehen bleiben, so setzen sich die Arbeitnehmer gezwungen, die Tarifverhandlungen vorläufig als zwecklos abzubrechen und zu einer ihnen geeigneten Zeit mit neuen Forderungen an die Brauereien heranzutreten.“

Lange genug hat man die Braunschweiger Brauereiarbeiter hingezogen, aber einmal muß auch dem berechtigten Verlangen nach einem klaren, den Verhältnissen entsprechenden Tarifvertrag Rechnung getragen werden. Dies haben sich die Braunschweiger Brauereiarbeiter zum Ziel gesteckt und sie werden es durchführen, so oder so.

† Birmg. Streik und Tarifvertrag. Der Streik in der Genossenschaftsbrauerei ist durch Tarifabschluß beendet. Die Vereinbarung kam zustande durch Vermittelung eines Vertreters des Bohnschützerverbandes, an welchen sich die Brauerei gewandt hatte. Erreicht wurden 2 Mk. pro Woche Lohnerhöhung und zwei weitere Lohnsteigerungen je nach Jahresfrist um 1 Mk. bzw. 50 Pf. pro Woche, Verkürzung der Arbeitszeit um eine Stunde täglich, vollständige Bezahlung der Sonntagsarbeit (früher eine bis sechs Stunden umsonst), Ueberstundenbezahlung an Wochentagen mit 40 bzw. 45 Pf., an Sonntagen mit 50 Pf., Urlaub von zwei bis vier Tagen jährlich, bei Krankheit für 14 Tage die Differenz, bei militärischen Übungen die Hälfte des Lohnes.

† Breslau. In der „Breslauer Morgenzeitung“ vom 6. Oktober und in der „Bundeszeitung“ Nr. 41 vom 10. Oktober rumpelt der Vorsitzende des Breslauer Bundesvereins, Ruch, uns und die Brauereibesitzer in Breslau an, daß ein Vertreter des Bundes nicht zu den Tarifverhandlungen zugezogen wurde, obwohl der Bund im Jahre 1909 den Tarifvertrag mit abgeschlossen hätte. Er sagt in der „Bundeszeitung“: „Die Brauereibesitzer haben ohne weiteres sich dem Diktum des Brauereiarbeiterverbandes gefügt, nur mit sozialdemokratischen Gewerkschaften zu verhandeln, somit einen Notau, eine Unterwürfigkeitsbezeugung den freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratie gemacht.“ Die Unternehmer werden Ruch für diese Beleidigung sicher dankbar sein. Dann wettet Ruch über das bis zum 15. November vereinbarte Provisorium, das nach seiner Behauptung nur 48 bis 96 Pf. pro Woche oder 8 bis 16 Pf. pro Tag bei 10stündiger Arbeitszeit betrage, und daß von dem Bund verlangt werde, daß er sich ohne weiteres „der scheinbaren Majorität fügen müsse“. Und dann kommt noch die Entschliebung einer Protestversammlung der Bundesgenossen, in der wie folgt die Kriegskompete gelaufen wird: „Die Versammlung erblickt in dem zurzeit bestehenden Provisorium nur einen Waffenstillstand und bedauert, unter den gegebenen Verhältnissen diesen annehmen zu müssen.“ Offentlich hält die Courage an bis zu der Zeit, wo davon eventuell Gebrauch gemacht werden muß.

Zur Sache selbst ist zu bemerken, daß von einem Tarifabschluß seitens des Bundes mit den Brauereien im Jahre 1909 keine Rede sein kann. Der Bund war weder an den Tarifverhandlungen beteiligt, noch ist auf seine Anregung hin irgend etwas geändert oder gebessert worden. Die Brauereibesitzer haben den Vertretern des Bundes lediglich zugestanden, den von uns fertiggemachten und abgeschlossenen Vertrag unterzeichnen zu dürfen. Die Brauereibesitzer brauchen also nicht sich dem Diktum unseres Verbandes zu fügen, weil auch 1909 der Bund an den Verhandlungen nicht teilgenommen hat.

Aber nicht der Brauereiarbeiterverband ist es, der zuerst ein gemeinsames Vorgehen abgelehnt hat, sondern 1903 hat der Bundesverein auf eine höfliche Anfrage unseres Verbandes, ob er geneigt sei, bei der bevorstehenden Lohnbewegung gemeinsam mit uns in die Bewegung einzutreten, erklärt: er müßte es ab-

lehnen, bei Regelung der Lohnverhältnisse sich mit Brauereiarbeitern zu verbinden. Der Standesbündel der Bundesmitglieder konnte 1908 es nicht über sich gewinnen, mit einem „gewöhnlichen“ Brauereiarbeiter über Lohnfragen zu verhandeln. Nun das Häuflein der Bundesmitglieder in Breslau immer mehr zusammenschmolzen ist, so daß fast gar nichts mehr da ist, und da auch die Mitgliederzahl des Bundes im ganzen Reiche schon seit Jahren stagniert, hat man auf dem letzten Delegiertentag des Bundes beschlossen, die früher so verächtlich beiseite geschobenen Brauereiarbeiter in die eigenen Reihen aufzunehmen, und speziell der Breslauer Bundesverein ist sehr befrüht, daß er jetzt nicht mit den Brauereiarbeitern zusammen über Lohnfragen unterhandeln soll. Diese plötzliche „Liebe“ ist also nur Mittel zum Zweck.

Bei der diesjährigen Lohnbewegung kommen 1250 Brauereiarbeiter in Frage. Davon gehören 1187 den freien Gewerkschaften, dem Bundesverein in ganze 29 an. Und von diesen 29 glauben sich noch eine Anzahl als Beamte rechnen zu können, die für die Lohnbewegung nicht in Frage kommen. Was bleibt da noch übrig, um vom Bund „vertreten“ zu werden? Und da macht sich Ruch den Scherz, von einer „scheinbaren Majorität“ des Brauereiarbeiterverbandes zu reden, dem sich alle (!) Nichtsozialdemokraten fügen müssen.

Das Provisorium, das Ruch's Löwenmut besonders anspricht, weil es gar nichts sei, bringt den Arbeitern nicht 48 bis 96 Pf. pro Woche, sondern 2,40 Mk. für männliche und 1 Mk. für weibliche. Auch stimmt es nicht, wie Ruch behauptet, daß in Breslau die 10stündige Arbeitszeit besteht, sondern diese beträgt im Sommer 9 1/2 und im Winter 9 Stunden, für die Nachtarbeit für das ganze Jahr neun Stunden. Ein starker Beschüher der Wahrheit ist — wie Figura zeigt — Ruch also nicht. Aber welches Geschrei hätte der Bundesverein wohl über seinen Erfolg angestellt, wenn er ein solches Provisorium zustande gebracht hätte; aber ihn nehmen die Unternehmer doch nicht ernst. Auch die freien Gewerkschaften werden sich mit dem Provisorium nicht zufrieden geben; bei den Verhandlungen im November muß noch eine wesentliche Aufbesserung erfolgen, um einen Ausgleich in der Teuerung herbeizuführen. Aber dazu gehört eine starke geschlossene Organisation. Unser Kampf um ein größeres Stückchen Brot muß gemeinsam geführt werden. Organisationsgebilde, die nicht kämpfen können und wollen und sich höchstens zu starken Redensarten aufschwingen, hemmen nur das Ganze und schädigen im kritischen Augenblick die Brauereiarbeiter insgesamt. Das sollten auch die noch vorhandenen Breslauer Bundesmitglieder beherzigen und sich dem großen Ganzen anschließen, um so mehr, als sie von ihrer „Bundeszeitung“ ja ganz schmachtmal gefest sind und sie eigentlich froh sein müssen, daß ein Bundesvertreter bei der Verhandlung nicht zugegen ist. Denn wenn die Brauereien sich die Behauptungen der „Bundeszeitung“ zunutze machen, daß die Arbeiter allgemein zu viel Fleisch essen, was zudem noch ungesund sei, so können die Bundesvertreter doch nicht ihr Organ desabouieren, und die Bundesmitglieder könnten gewärtig sein, daß ihnen von den zu großen Fleischportionen etwas gekürzt und den anderen gegeben wird. Den Mitgliedern des Verbandes kann man ja mit solchem Unsinn nicht kommen. Sicher kann es aber nicht im Interesse der Brauereiarbeiter liegen, wenn Vertreter bei den Verhandlungen zugegen sind, deren Mitglieder es, nach ihrem offiziellen Organ, zu wohl geht.

† Dortmund. Zwei Jahre sind nun bereits ins Land gegangen, seitdem der Tarifvertrag abgeschlossen wurde. Man sollte nur meinen, daß damit auch Ruhe und Frieden in die Brauereien eingebracht wäre, aber weit gefehlt, fortwährend mußte in dieser Zeit die Organisationsleitung gegen Tarifumgehungen angehen. In letzter Zeit versuchen nun die Brauereien vor neuem, auch das, was bisher als selbstverständlich anerkannt wurde, illusorisch zu machen und zu umgehen. Selbst die klarsten Bestimmungen versucht man zugunsten der Arbeiter auszulegen und zum Teil ganz über den Haufen zu werfen. Auf Grund dessen fand hier am Sonntag, den 22. September, eine stark besuchte öffentliche Brauereiarbeiterversammlung im „Schwarzen Raben“ statt, um gegen eine derartige willkürliche Auslegung des Tarifvertrages seitens der Dortmunder Brauereiarbeiterschaft zu protestieren. Hierzu war Kollege G. H. Berlin als Referent erschienen. Er sprach über den „Tarifvertrag“ und die neuesten Verstöße der Brauereien gegen denselben.“

Gel erwähnt, daß in Dortmund ganz besonders die Streitigkeiten über die Auslegung des Tarifvertrages von Anfang an vorhanden gewesen und daß sie bisher noch nicht aufgehört hätten. Man könne sagen, wenn bei den Unternehmern guter Wille vorhanden gewesen wäre und sei, so wären die Streitigkeiten längst aus der Welt geschafft. Aber die Einsetzung eines Schiedsgerichts für die Streitfragen lehnen die Unternehmer vor wie nach ab. Jetzt sei die Frage der Bezahlung von Ueberstunden der Bierfahrer wieder eine Brennerde. Ueberall, wo die Bierfahrer gut organisiert seien, hätten sie diese Frage selbst entschieden. Der Bohnschützerverband erklärt jetzt, daß Bahnfahrten, die nach 5 Uhr angingen, nicht als Ueberarbeit gelten könnten. Dieser Verband habe auch entsprechende Anweisungen an die Brauereien gegeben, die bisher die Zeit extra bezahlt hatten. Man will auf diese Art bewirken, daß man die Arbeitszeit der Bierfahrer bis auf 14 Stunden ausdehnen kann. Die Unternehmer glaubten auch, daß die Arbeiter in Dortmund noch nicht die Macht besitzen, ihre Rechte zum Durchbruch zu bringen, aber sie sollen da nicht allzu sicher sein. Vor allen Dingen sei es aber nötig, daß die Kollegen die Kampfkolonnen noch weit besser stärken. Die Unternehmer seien wohl daran, sich im Bund eine Schutztruppe zu erhalten, denn diese ließe man ungestört agitieren, ja zum Teil würden Kollegen zum Beitritt gezwungen. Redner kommt zu dem Schluß: wenn sich die Dinge nicht ändern, so würden wir auch einmal anders reden.

Der Kollege Brülling ging dann ganz besonders auf die Beschwerden über die Brauereien ein und unterzog die herrschenden Mißstände der einzelnen Betriebe einer scharfen Kritik. — Wir wollen hier nur einige Beispiele anführen, damit die Kollegen überall im Reiche sehen, wie man in Dortmund unter einem Tarifvertrag arbeitet.

Da ist zunächst die Kronenburg. Früher wurden den Bierfahrern die ihnen zustehenden Heberstunden bezahlt, jetzt aber wird die Bezahlung verweigert mit der Motiveangabe, dies (die Bezahlung) sei aus Versehen eines Beamten geschehen. Wir meinen, wenn Löhne aus Versehen von einem Beamten zu Unrecht ausbezahlt werden, und zwar jahrelang, so muß es auf der Kronenburg mit der Buchführung doch nicht lächerlicher machen, als durch solche alberne Ausrede. Auch wurde ein Bierfahrer mit 3 Mk. Strafe belegt, weil er etwas Trab gefahren war, um beizeiten zu Hause zu kommen. Auch sonst geht man gegen unsere Kollegen ganz rücksichtslos vor.

Auf der Löwenbrauerei geht es nicht besser, hier werden die Touren der Bahn nicht mehr bezahlt, auch wenn der Bierfahrer erst um 6 Uhr und noch später von der Brauerei fährt. Die Brauerei glaubt bei derartigen Fahren die Leute ruhig 14 Stunden arbeiten lassen zu können ohne jegliche Bezahlung. Mit dieser Brauerei werden wir uns noch mal ganz besonders und energisch befassen müssen.

Zu den Mängeln in der Viktoriabrauerei führt Bräutigam, daß man hier sogar das Geschirrpucken des Sonntags einführen wollte, aber auf Protest der Arbeiter habe man dann erklärt, man wolle nur sehen, ob die Arbeiter auch der Beizung nachkämen. Weiter müsse die Sonntagsarbeit der Maschinenisten und Heizer sowie auch die Urlaubsgewährung besser geregelt werden. Was die Behandlungsweise anbetrifft, so sind auch selbst die Bundesgesellen nicht damit zufrieden. Denn die Betriebsleiter ist eine ganz schlimme, jagt doch selbst der Betriebsleiter Zeigler bei einer Arbeit: diese muß verrichtet werden, selbst wenn auch ein paar Mann dabei zu Tode gehen. So spielt man mit dem Leben der Arbeiter auf die Weisung an. Ferner sollen angeblich 6 Mann wegen Arbeitsmangel entlassen werden, obwohl der Ausschlag derselbe ist. Ein Kollege hatte schon aufgehört, ein weiterer muß zum Militär, so daß 8 Mann weniger im Betrieb beschäftigt werden. Hilfsarbeiter, die zum Bierfahren mit berufen werden, werden zu den Bierfahrern eingereiht, sobald ihr Lohn ein niedriger ist. Auch in diesem Betriebe wird noch eine gründliche Remedur geschaffen werden müssen.

Was die Aktienbrauerei, bisher eine Hochburg der Bundesgesellen, anbetrifft, so muß gesagt werden, daß man hier noch ganz rabiat vorgeht. Den Bierfahrern droht man mit Entlassung, wenn sie die ihnen zustehenden Heberstundenbezahlung verlangen. Auch sind sämtliche Arbeiter der Gnade und Ungnade des Brauführers Machtteilhaftig. Man verlangt von den Kollegen, daß sie nicht undsonders dem Bund angehören müssen. Die Einstimmung macht er überhaupt davon abhängig. Zu einem Kollegen sagte er: ich habe dich nur eingestellt unter der Voraussetzung, daß Du nicht im Verbandsrat bist, ist dies jetzt der Fall, so wird ich dich wieder austreten! Du hättest einen besseren Posten bekommen, aber jetzt gibst nichts. So wurde nun der Kollege allen Schikanen ausgesetzt, bis daß er tranklich wurde. Als ihn der Tod ereilt hatte, erklärte dieser Rechtsholt der Witwe gegenüber: Ich glaube gern, daß Sie in Not sind, wäre Ihr Mann nicht im Verband gewesen, würden auch wir Ihnen gerne behilflich sein. Auch soll er schon Kollegen beim Ausstellen an der Brust gepackt und auch geschlagen haben, sowie geäußert haben: Euer Recht bekommt Ihr nie. Zu Kompromissen ist aber, daß auch die Arbeiter auf der Aktienbrauerei ihr Recht trotz den Einsprüche Rechtsholts erhalten werden, denn auch hier haben die Kollegen eingesehen, daß nur die Organisation Abhilfe schaffen kann. Und so muß nun dieser Rechtsholt trotz aller seiner Machinationen und Einsprüche gehen, daß die Organisation vorwärts schreitet.

Auch der Braumeister der Westfalia-Brauerei glaubt sein Möglichstes zum ganzen Streikfronten beitragen zu müssen. Dieser Mann glaubt nun, seine Leute so titulieren zu können, wie es ihm eben einfällt. Man könnte fast auf den Gedanken kommen, daß er früher viel mit Vieh zu tun hatte, sonst könnten ihm Ausdrücke wie: „Hr bayrischen Hornochsen“, „Ihr alten Hindviecher“, „alter Esel“, „Sau“, „lanst herum wie die Tiere und seid besoffen“, nicht so geläufig sein. Und so liegen noch sehr viele andere Dinge vor.

Auch in dem nach außen hin sehr arbeiterfreundlichen Betriebe der Brauerei Hoff u. Co. läßt die Behandlung sehr zu wünschen übrig. So glaubt auch hier der Brauführer Menckens sich den Arbeitern gegenüber alles erlauben zu dürfen, es wird aber auch von den Arbeitern allgemein angenommen, daß die Betriebsleitung mit dem Vorgehen Menckens einverstanden ist, denn sonst hätte sie das bräuste Vorgehen dieses Mannes nicht immer gerechtfertigt. Wohl hat die Betriebsleitung zum Ausdruck gebracht, man müsse dies berücksichtigen, denn dieser Mann komme aus einer Gegend, wo die Arbeiter noch mit der Reizpeitsche bearbeitet würden. Die Arbeiter der Brauerei Hoff u. Co. aber sind nicht gewillt, sich eine gleiche geschändete Behandlung gefallen zu lassen.

Die Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen und zum Ausdruck gebracht, daß unbedingt danach gestrebt werden müsse, damit diese Mißstände endlich einmal aufhören. Auch wurde die Kollegen gewillt, unermüdlich in der Agitation über die Brauereien, die in der nächsten Tarifabschlüsse den Brauereien ein Paroli bieten kann. Somit wird auch dieser Protest dazu beitragen, daß jeder Kollege dafür Sorge trägt, daß unsere Reihen immer mehr erstarken, zum Wohle der voranwärtigen Brauereiarbeiter.

Also auf zur unerwähnten Agitation, damit auch in Dortmund einmal die bestehenden Mißstände beseitigt werden können.

Salzwedel. Tarifabschlüsse. Der am 1. Oktober 1909 abgeschlossene Tarif wurde gekündigt und zugleich ein neuer Vertrag eingeleitet. Wir mußten wiederholt darauf hinwirken, bis endlich Mitte September Antwort darauf kam, was dann mitgeteilt, daß der Arbeitgeberverband für Salzwedel beschließen hat, 1 Mk. Zulage zu bewilligen, den Brauereiarbeitern 2 Mk. (nur vier beschäftigt). Die Brauerei gehört dem dortigen Arbeiterverband an. Der Vorsitzende ist

ein Agrarier, wenn auch Mitglied des neuen Bauernbundes, so doch kein Freund von Arbeiterorganisationen. Nun ist in Salzwedel bei den Mitgliedern des Arbeitgeberverbandes die Meinung vertreten, daß, wenn die Brauerei mehr bezahlt, auch sie mehr bezahlen müssen. Das wäre auch nötig, denn außer dem Hauptberuf wird bis 15 Mk. wöchentlich bezahlt. Wir lehnten rundweg das Angebot ab. Darauf hatten wir eine Sitzung mit dem Arbeitgeberverbandsvorsitzenden und dem Direktor und unterbreiteten verschiedene Vorschläge. Auch das wurde von der Brauerei abgelehnt. Wir ließen dann allerdings die Brauerei nicht im Zweifel, daß wir andere Schritte unternehmen würden. Der Ausschussrat beschloß dann ohne Arbeiterverband 2 Mk. zu bewilligen. Es fehlte nur eine Stimme, so wäre von unseren Kollegen das Angebot mit Zweidrittelmehrheit abgelehnt gewesen. Es wäre auch gut gewesen, wenn dem Direktor doch einmal gezeigt worden wäre, daß die Arbeiter heute wieder anders denken, wie er glaubt. Die Verhältnisse waren aber zu weit zurück. Vor sechs Jahren noch waren die Löhne zum Teil um 6-8 Mk. niedriger. Ein Zeichen, wie nötig eine geschlossene Organisation ist. Das zeigten auch die übrigen Arbeiter in Salzwedel beherzigen, damit auch sie Vorteile erringen und den Arbeitgeberverband zwingen, auch in dem übrigen Betriebe die Organisation anzuerkennen.

Nach Unterzeichnung des Tarifnachtrages glaubt die Brauerei, den Arbeiterinnen keine Zulage geben zu brauchen. Sie änderte sogar den ihr zugesagten Nachtrag, trotzdem immer von 1 Mk., dann von 2 Mk. die Rede für alle Beschäftigten war. Wir erklärten, sollte die Direktion wirklich auf dem Standpunkt stehen, so erkennen wir die ganzen Verhandlungen und den Nachtrag nicht an. Hauptsächlich wird wenigstens das eingehalten, was vereinbart ist.

Bei der Gelegenheit wollen wir auch die Behandlung von Seiten der Brauführer einmal beleuchten. Der Herr glaubt, die Arbeiter und auch die Brauer seien nur Hunde. Einem Brauer hat er ja soweit gebracht, daß die Brauerei bezahlen muß, wenn es richtig am den Tag kommt; jetzt soll er ihn auch noch als Simulantem hinzustellen helfen. Nur die Geschlossenheit der Arbeiter kann hier helfen.

Malzfabriken.

Hofhäuser. Tarifvertrag. Mit der Malzfabrik Hofhäuser wurde ein Tarifvertrag abgeschlossen mit Lohnserhöhungen von 3 und 4 Mk. pro Woche.

Mühlen.

Worms. Tarifvertrag. Man sagt, was lange währt, wird endlich gut. Nach langem Mühen sind auch die Kollegen der Mällotheimer Mühlenwerke, vormals Frh. Maltheim, in den Besitz ihres Tarifvertrages gekommen. Hier hat man gesehen, wie schwer es ist, den Arbeitern auch nur einen einigermaßen anständigen Lohn für ihre schwere Arbeit zu erringen. Nehezu drei Monate waren notwendig, um einigen Arbeitern eine Zulage von 1 Mk. und sämtlichen Arbeitern eine Zulage von 50 Pfg. von der Arbeitszeitverkürzung ganz abgesehen, zu erringen. Trotzdem man es mit allen Mitteln versuchte, die Arbeiter ihrer Organisation abspenstig zu machen, haben sie diesen Verlockungen einig widerstanden. Es war nur eine kleine Schar, aber sie haben sich tapfer gehalten; sie mußten, daß nur ihre Organisation es ist, welche ihre Interessen vertritt. Darum rufen wir ihnen zu: kämpft weiter so, damit ihr das schwer Errungene nun auch in Ruhe genießen könnt.

Korrespondenzen.

Bonn. Die Ortsgruppe Bonn der Zahlstelle Köln-Mülheim hat eine gute Entwicklung zu verzeichnen. Nachdem diese bereits vor Jahresfrist in zwei Brauereien einen Tarif abschließen, welcher sich an den Bezirksrat in allgemein anlehnt. Betreffs der Arbeits- und Praxenzzeit bleiben ja noch Wünsche über. Am Sonntag, den 6. Oktober, war die Monatsversammlung von über 60 Kollegen besucht. In derselben hielt der Kollege Arbeitersekretär Th. Wartels einen Vortrag über: „Die Brauereiarbeiterbewegung eine Kulturbewegung“. Der Vortrag erzielte einen so wirksamen Erfolg, daß er versprochen mußte, im Laufe des Winters noch mehr Vorträge dergleichen Art zu halten. Die Bonner Kollegen haben jetzt gelernt, daß nur ein gemeinsamer Zusammenschluß den Erfolg bringen kann. Hoffentlich werden die Kollegen der umliegenden Brauereien auch nun bald zu dieser Einsicht kommen.

Rundschau.

Aus der Brauindustrie.

Die Handelskammer zu Kassel bringt in ihrem Jahresbericht für 1911 folgende interessante Mitteilungen über die Brauindustrie:

„Das Gehalt- und Lohnkonto der Kasseler Brauereien hat zum ersten Male für ein ganzes Jahr die bedeutende Mehrbelastung erlitten, die der im Mai 1910 mit den Arbeitern abgeschlossene neue Tarifvertrag herbeigeführt hat. Ein Bericht aus Kassel bemerkt, daß sich diesem Tarifvertrag den Geschäftsbetrieb schädigende Folgeerscheinungen angeschlossen hätten, deren Beseitigung erstrebt werden müsse.“

Welcher Art die „schädigenden Folgeerscheinungen“ des Tarifs sein sollen, wäre wirklich sehr interessant zu erfahren, wenn aber die Brauereien „deren Beseitigung“ anstreben müssen, so kann es doch wohl nur im Sinne einer Schädigung der Arbeiterinteressen gemeint sein. Die Kasseler Brauereiarbeiter sind also gewarnt, sie werden gut tun, ihre Organisation intakt zu halten und vollkommen zu gestalten.

Weiter berichtet eine Brauerei aus Marburg, daß die Löhne wesentlich gestiegen wären, und daß im Oktober die Hälfte der Arbeitnehmer die Arbeit niedergelegt hätte, da der Betriebsmann der Organisation entlassen wurde, was zum Boykott von Seiten der Gewerkschaft führte. Wenn der Zustand auch zugunsten der Brauerei ausgegangen wäre, so hätte der Boykott doch während des ganzen Winters erheblichen Schaden ge-

bracht. Von den ausständigen Arbeitern wären nur drei Mann wieder eingestellt worden.

Die Brauerei wird nun wohl eingesehen haben, daß sie besser Maßregelungen unterläßt, um sich vor Schaden zu bewahren.

Eine Hersfelder Brauerei berichtet, daß das Angebot von Arbeitern regelmäßig war, die Löhne aber etwas erhöht wurden, ein Tarifvertrag beschloß nicht.

Die Handelskammer für die Kreise Mühlhausen i. Th., Wehrhans und Heiligenstadt berichtet: „In den Brauereien können die Folgen der Brauereiarbeitserhöhung und der ganzen Finanzreform immer mehr als überhandnehmend angesehen werden. Die allgemeine Vertenerung aller Lebensbedingungen bewirkt eine wesentliche Beschränkung des Bierkonsums der weniger bemittelten Bevölkerung.“

Also immer wieder die Wirkungen der „Christlichen“ Schnapsblod-Finanzreform. Daß die Löhne den teuren Lebensverhältnissen entsprechend zu bekommen, und mühten den teuren Lebensverhältnissen entsprechend auch höhere Löhne gegeben werden.“

Also immer wieder die Wirkungen der „Christlichen“ Schnapsblod-Finanzreform. Daß die Löhne den teuren Lebensverhältnissen entsprechend zu bekommen, und mühten den teuren Lebensverhältnissen entsprechend auch höhere Löhne gegeben werden.“

Aus der Malzindustrie.

Die Aktien-Malzfabrik Löbau i. S. berichtet für das am 31. August beendete Geschäftsjahr über ein besseres Ergebnis als im Vorjahre. Bei 8686 Mk. Vorjahr wurde ein Rohgewinn von 67.958 Mk. (i. Vorj. 64.207 Mk.) erzielt, hiervon 16.756 Mk. (14.009 Mk.) Abschreibungen, bleibt Reingewinn 51.202 Mk. (50.198 Mk.). Dividende kommen 28.000 Mk. = 8 Proz. (wie im Vorjahre) zur Verteilung, 9.911 Mk. werden auf neue Rechnung vorgelagert, an Tantiemen und Gratifikationen werden 8501 Mk. verteilt.

Die Aktien-Malzfabrik Langensolza berichtet über flotten Geschäftsgang im vorigen Jahr. Der Rohgewinn betrug 78.619 Mk. (i. Vorj. 61.186 Mk.), wovon 29.983 Mk. als Abschreibungen dienen. Von dem verbleibenden Reingewinn von 48.636 Mk. werden 39.636 Mk. = 9 Proz. Dividende (i. Vorj. 7 Proz.) verteilt, 5.709 Mk. erhalten Aufsichtsrat und Vorstand als Tantieme, 3.200 Mk. werden vorgelagert.

Aus der alkoholfreien Getränkeindustrie.

Streik um Verlängerung der Arbeitszeit. Wir lesen folgendes in der Nachpresse:

„Die Arbeiterschaft des Trienheiser-Sprudels bei Rheinfrohl hat plötzlich die Arbeit niedergelegt, da ein Versuch um Verlängerung der Arbeitszeit — die Firma hatte wegen flauen Geschäftsganges die tägliche Arbeitszeit auf 8 Stunden herabgesetzt — abgelehnt wurde.“

Hört sich das nicht wie Hohn an, wegen Verlängerung der Arbeitszeit zu streiken? Die Arbeiter haben Stundenlöhne und sind mangels einer Organisation nicht in der Lage, bei der sonst zu begrüßenden Verkürzung der Arbeitszeit auch eine entsprechende Verkürzung der Löhne abzuwehren. Es ist Zeit, daß sie sich organisieren.

Aus der Mühlenindustrie.

Zusammenschluß der Oberlausitzer Mühlen. Die zwölf bedeutendsten Mühlenwerke der Oberlausitz mit einer Jahresproduktion an Mehl von über 350.000 Zentnern haben sich unter der Firma „Reinigte Oberlausitzer Mühlen“ zu einer G. m. b. H. mit dem Sitz in Zittau zusammengeschlossen. Durch diese Vereinigung wird eine sachgemäße, alle Mülhereibedarfsartikel, insbesondere das gesamte erforderliche Getreide, gemeinsam einzukaufen und unter Zuzug der Einkaufspreise direkt an die Mülherei-Produkte abzugeben, besonders des Mehls, an die Verbraucher allein durch eine Zentralstelle zu regeln. Die Gesellschaft ist mit einem Stammkapital von 62.000 Mk. ins Leben getreten.

In Zahlungsunfähigkeit geraten ist infolge der Balkanwirren die Dormmünder Malzmalzfabrik u. W. M. i. c. m. b. H. Sie kann ihren Lieferungsverpflichtungen nicht nachkommen. Ein Millionenkurs steht bevor.

Auf den Gimpfungs beginnt sich ein Müller H. Etier, Sanderleben, mit einer Annonce in „Müllerischen Mühlen-Anzeiger“ vom 21. September, in welcher er bemerkt, daß er „aus Ueberzeugung nicht im Verbandsrat sei und vor Belästigungen sicher sein möchte“. Es komme ihm „weniger auf hohen, als auf vollen Lohn an“. Obwohl es nicht wenige Unternehmer gibt, die Leute, welche nicht auf hohen Lohn sehen und sich nicht organisieren, gern haben, wird sich wohl kaum einer auf diese Annonce einlassen. Man merkt zu deutlich, daß es bei dem Stellenjuchenden mit den Leistungen nicht allzu weit her sein dürfte, weil er seine Gewinnung ausbleibt.

Soziales.

Die Körperkraft als Einkommensquelle. Das preussische Oberverwaltungsgericht hat entschieden, daß bei Lohnarbeitern Arbeitslosigkeit nicht als Verlust einer Einkommensquelle anzusehen sei, da die in Betracht kommende Einkommensquelle, die Körperkraft, nach wie vor besteht.

Dieser mehr als merkwürdigen Urteilspruch gliedert ein Einfender in der „Berliner Volkszeitung“ wie folgt:

„Mit nicht geringem Bedauern wird man in ganz Preußen den vorstehenden Bescheid unseres Oberverwaltungsgerichts vernommen haben. Wer arbeitslos ist, also kein Einkommen hat, muß Steuern zahlen, denn nicht die Arbeit bildet die Einkommensquelle, sondern die Körperkraft. Nichtsdestoweniger würde ich keinem Lohnarbeiter raten, auf Grund dieses Spruches das Werkzeug hinzulegen. Denn schließlich würde er, um Speise und Trank zu bekommen, sich gezwungen sehen, sich dem Straßengericht in unangenehme Verbindungen einzulassen. Gestattet mir schon deshalb der tiefgründige Spruch des Oberverwaltungsgerichts ganz und gar nicht, so habe ich noch ein anderes Bedenken, das mich an

feiner Nichtigkeit zweifeln läßt. Ich frage nur: Bleibt die Störperkraft bestehen, wenn einer arbeitslos ist und somit nichts verdient, um zu essen? Hunger ist allerdings der Beste, aber ich habe noch nie gehört, daß einer vom Hunger satt geworden ist. Wie jingt doch der „arme Jonathan“:

Wenn einer immer Hunger hat,
So wird er schließlich des Lebens jatt.

Nein, mein liebes Oberverwaltungsgericht! Außerhalb der Moderluft deiner Affenwelt denken und fühlen die Menschen ganz anders als du. Um die Körperkraft zur Einnahmequelle zu machen, bedarf es zunächst einmal der Möglichkeit, die Körperkraft zu betätigen. Diese Möglichkeit ergibt sich aber erst aus dem Vorhandensein einer Arbeitsstelle. Wer aber arbeitslos ist, hat keine Arbeitsstelle und somit auch keine Möglichkeit, die Körperkraft zur Einnahmequelle zu gestalten. Beim Staatsamorphoidarismus liegt allerdings die Sache anders. Da genügt das bloße Vorhandensein der Körperkraft. Er hat es nicht nötig, diese zu betätigen. Denn kraft seines Anstellungsbefehls hat er sein ganzes Leben lang genug, um zu essen, zu trinken und Steuern zu bezahlen, ohne daß er über das Vormittagsfrüchlein hinaus wesentlich größere körperliche Anstrengungen als den Heimweg zum Mittagstisch aufzuwenden braucht. Dein salomonischer Spruch, daß Arbeitslosigkeit nicht als Verlust einer Einkommensquelle anzusehen sei, hat also nur hier, nicht aber bei Lohnarbeitern Berechtigung.

Aber deine Sprüche stehen fest wie aus Erz. Sie sind unumstößlich und bindend, ja sogar präjudizierend. Das heißt, jedes Gericht, jede Behörde muß sich danach richten, und wenn es sich ein Richter oder Beamter einfallen ließe, anderer Meinung zu sein als du, so würde er damit beweisen, daß er für dein höheres Rechtsempfinden kein Verständnis hat. Was das aber für einen jungen richterlichen oder verwaltungsbehördlichen Beamten bedeutet, kann nur der ermessen, der ewig Amtsrichter oder Kanzlerat geblieben ist.

Dein Spruch, daß die Körperkraft die Einkommensquelle ist, wird fortbestehen für alle preussischen Zeiten. Wenn du in solchen Sprüchen aber fortfährst, dann wird nicht fortbestehen die Meinung, daß ein Spruch des Oberverwaltungsgerichts stets der Quelle höchster verwaltungsgerichtlicher Weisheit entspricht.

Verschiedenes.

Von der letzten Reichstagswahl. Das erste Heft des 250. Bandes der „Statistik des Deutschen Reiches“ bietet eine vergleichende Uebersicht der Reichstagswahlergebnisse von 1907 und 1912. Die dort gegebenen Zahlen können als endgültiges Resultat der statistischen Berechnung angesehen werden, haben also eine größere Zuverlässigkeit als die bisherigen privaten Ermittlungen.

Für das ganze Deutsche Reich ist das Ergebnis folgendes:

Wahlberechtigte	Abgegebene Stimmen	Gültige Stimmen
1907	13 352 880	11 262 829
1912	14 441 436	12 207 529

Die Wahlbeteiligung ist demnach bei der letzten Reichstagswahl noch weit stärker gewesen als 1907. Beinahe 85 Proz. aller in den Listen eingetragenen Wähler haben gewählt. Von den abgegebenen 12 207 529 gültigen Stimmen fielen auf die größeren Parteien

Partei	1907	1912
Sozialdemokratie	3 259 029 (28,9 Proz.)	4 250 401 (34,8 „)
Zentrum	2 179 743 (19,4 „)	1 996 843 (16,4 „)
Nationalliberale	1 680 581 (14,5 „)	1 662 670 (13,6 „)
Fortschrittliche Volkspartei	1 233 933 (10,9 „)	1 497 041 (12,3 „)
Konservative	1 060 209 (9,4 „)	1 126 270 (9,2 „)
Polen	453 858 (4,0 „)	441 644 (3,6 „)
Reichspartei	471 863 (4,3 „)	367 156 (3,0 „)
Wirtschaftliche Vereinigung	348 120 (3,1 „)	304 557 (2,5 „)

Die übrigen Stimmen verteilen sich auf verschiedene kleinere Parteien — darunter die Welfen mit 84 618, das Elsaß-lothringische Zentrum mit 54 883, die Deutsche Reformpartei mit 51 898 (1907: 94 869), der Bahrische Bauernbund mit 48 219, die Elsaß-Lothringer mit 43 467, die Unabhängigen Lothringer mit 36 336, der Deutsche Bauernbund mit 29 797, die Demokratische Vereinigung mit 29 444, die Dänen mit 17 280, die Liberaldemokraten (Reichslande) mit 11 942, die Elsäßer mit 8340, die Vitauer mit 6227 Stimmen.

Die Sozialdemokratie marschiert also allen Parteien weit voran. Sie hat 4 250 401 = 34,8 Proz. aller abgegebenen gültigen Stimmen erhalten — mehr als Zentrum, Konservative, Reichspartei, Polen und Wirtschaftliche Vereinigung zusammengenommen.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau, Redaktion und Expedition der „Verbandszeitung“: Berlin O. 27, Schilderstraße 6 IV, Fernsprecher: Amt Köpenickstadt 275.

Diese Woche ist der 42. Wochenbeitrag fällig.

Mitteilungen der Hauptverwaltung.

Eilige Fragebogen.

Anfangs dieser Woche sind einer Reihe Zahlstellen und mehreren Bezirksleitern Fragebogen zugegangen. Die durch diese Fragebogen zu machenden Feststellungen sollen noch im Jahre 1912 bearbeitet werden. Wir eruchen die Empfänger der vermittelst Schreibmaschine hergestellten

Fragebogen, letztere genau auszufüllen und möglichst umgehend an den Hauptvorstand einzusenden. Die Arbeit eilt.

Der Vorstandsvorstand.

Abrechnungen für das 3. Quartal 1912.

Wir machen hierdurch darauf aufmerksam, daß die Abrechnung für das 3. Quartal 1912 bis spätestens den 20. Oktober 1912 fertigzustellen und an den Hauptkassierer einzusenden ist.

Mit der Abrechnung muß außerdem noch eingefandt werden:

- 1. das überflüssige Geld;
- 2. alle Quittungen und Belege für gemachte Auslagen, die bei der Abrechnung vom 2. Quartal mit verrechnet sind;
- 3. Aufnahmescheine;
- 4. Revisionsbericht;
- 5. Nachweisung über im 3. Quartal 1912 verklebte Erwerbslosenmarken.

Ausgeschlossenen

aus dem Verband wurde auf Antrag der Zahlstelle Augsburg: Offenhuber, Buchn. 26 189, eingetr. 20. 8. 1909.

Verstorbene Mitglieder:

(Die Summe des an die Hinterbliebenen laut Statut ausbezahlten Sterbegeldes ist in Klammern beigefügt.)

Dresden: Eduard Göpfert, Brauer, 51 Jahre (90 Mk.); Lübeck: August Nullmann, Arbeiter, 40 Jahre (90 Mk.); Stuttgart: Jakob König, Brauer, 53 Jahre (90 Mk.); Frankfurt a. M.: Ludwig Sübner, Müller, 24 Jahre (45 Mk.).

Ausbezahltes Sterbegeld an die Mitglieder beim Tode der Ehefrau: Franzen-Barmen 15 Mk.; Klenzke-Fürstenthal 15 Mk.; Schmolz-Karlsruhe 30 Mk.

Eingänge der Hauptkasse vom 7. bis 13. Oktober.

Bromberg 16,40; Czarnikau 8,92; Berlin 2,10; Dresden 2,10; Kottbus 2,30; Gropeinkaufs-Gesellschaft Hamburg (Zinsen) 264,55; Rathenow 110,35; Brandenburg 83,20; Cöthen 175,97; Weimar 271,40; Radeberg 413,90; Walsungen 3,—; Berlin 195,44; Landsberg a. Warthe 238,80; Merseburg 206,09; Guben 164,—; Schweidnitz 165,35; Arnstadt 200,—; Kulmbach 300,—; Rattowitz 80,65; Salzwedel 178,35; Kottbus 302,28; Hamburg 2,70; Witten 2,10; Fürth 1556,80; Straßburg i. Elz. 2493,41; Zehdenick 22,76; Etgersleben 143,89; Neuhaldensleben 126,55; Nothenburg ob der Tauber 151,10; Braunschweig 640,98; Nordhausen 368,85; Grimma 219,90; Siegen i. Westf. 138,01; Jechow 147,61; Grünberg i. Schlef. 148,12; Gernrode a. Harz 73,58; München 2,10; Breslau 3929,88; Danzig (Bezirk) 21,05; Oldenburg 226,64; Doberan 13,85; Ansbach 167,55; Schaffenburg 362,29; Bayreuth 270,17; Altenburg 841,50; Danzig 23,66; Bernburg 170,—; Stade 198,16; Einbeck 74,52; Schwiebus 28,10; Marktbreit (Merkstich zurück) 16,—; Frankfurt am Main 4628,43; Kiel 2524,03; Chemnitz 2668,90; Frankfurt am Main 8,25.

Richtigstellung. In letzter Nummer muß es zu Zwickau statt 2,50 250,— Mk., zu Freienwalde 36,31 Mk. und statt Neugersdorf Neugersdorf heißen.

Die Abrechnung für das 3. Quartal haben eingefandt:

Cöthen, Rathenow, Straßburg, Kottbus, Landsberg, Merseburg, Radeberg, Kiel, Bremen, Breslau, Weimar, Etgersleben, Guben, Nordhausen, Grimma, Zehdenick, Doberan, Braunschweig, Neuhaldensleben, Schweidnitz, Rattowitz, Jechow, Danzig, Gildesheim, Bayreuth, Grünberg i. Schlef., Hamburg, Memmingen, Mannheim, Neustadt a. Harz, Stade, Halberstadt, Altenburg, Frankfurt a. O., Ober-, Erlangen, Rudolstadt, Ansbach, Frankfurt a. Main, Karlsruhe und Reichenhaff.

Materialverwand.

Straßburg i. Elz. 8000 Marken a 50 Pf. und 1000 Marken a 30 Pf.; Cöthen 800 Marken a 50 Pf.; Stadthagen 1000 Marken a 50 Pf.; Hamburg 50000 Marken a 50 Pf.; Würzburg 2000 Marken a 50 Pf.; Radeberg 25 Mitgliedsbücher und 3200 Marken a 50 Pf.; Waren 15 Mitgliedsbücher; Landsberg a. Warthe 10 Mitgliedsbücher, 1200 Marken a 50 Pf. und 100 Marken a 30 Pf.; Breslau 15000 Marken a 50 Pf.; Mannheim 10000 Marken a 50 Pf.; Gernrode 800 Marken a 50 Pf.; Etgersleben 5 Mitgliedsbücher und 400 Marken a 50 Pf.; Nordhausen 2400 Marken a 50 Pf. und 400 Marken a 30 Pf.; Passau 1600 Marken a 50 Pf. und 400 Marken a 30 Pf.; Ulm 3000 Marken a 50 Pf.; Guben 12 Mitgliedsbücher und 800 Marken a 50 Pf.; Lörrach 30 Mitgliedsbücher und 1200 Marken a 50 Pf.; Neustadt a. Orla 600 Marken a 50 Pf.; Neumünster 3000 Marken a 50 Pf. und 200 Marken a 30 Pf.; Traunstein 1600 Marken a 50 Pf. und 100 Marken a 30 Pf.

Aus den Bezirken und Zahlstellen.

Cöthen. Vorsitzender: M. Ohlnd, Ringstr. 138.
Freienwalde. Vorsitzender: Herm. Schumann, Sonnenburger Str. 6.

Görlitz. Ab 1. Oktober wird Lokalunterstützung nicht mehr ausgezahlt.

Jena. Vorsitzender: Franz Reischer, Krautgasse 6, 3 Er.
Mühlhausen i. Th. Vorsitzender: M. Wetterhuhn, Schaffenthorstr. 26.

Regensburg. Unterstützung zahlt wieder Kollege Wankel aus.

Regen. Sendungen für die Zahlstelle bis auf weiteres an J. Büchl, Alwinenstr. 71, 1 Er.

Veranstaltungsanzeigen.

Sonnabend, den 19. Oktober.

Arzbach. 8 Uhr: „Drei Könige“.
Burg. 8 Uhr: Unterhagen 68.
Eisenach. 8½ Uhr: im „Engel“.
Fürth. 8½ Uhr: Gewerkschaftshaus.
Meißen. 8½ Uhr: „Kronprinz“.
Ulm. 8 Uhr: Gewerkschaftshaus.
Weimar. 8½ Uhr: Volkshaus.

Sonntag, den 20. Oktober.

Brandenburg. 3 Uhr: „Volksgarten“, Bergstr. 20.
Greifeld. 3 Uhr: Volkshaus, Ede Breite- und Stefanstraße.

Quisburg. 8 Uhr: bei Marks, Feldstr. 9.
Grimshorn. 4 Uhr: Vereinslokal.
Erding. Vorm. 10 Uhr: bei Schmidtbauer.
Frankenthal. Vorm. 10 Uhr: „Zum W.-fisch“.
Fürstentum. 3 Uhr: bei Michel, Windmühlenstraße.
Gera. 3 Uhr: bei Michel, Greizer Straße. Vortrag.
Heidmühle. 6½ Uhr: bei Schütt.
Jena. 3 Uhr: Gewerkschaftshaus.
Merseburg. 3 Uhr: „Kaiser-Wilhelms-Halle“.
Oelsnitz. 2½ Uhr: „Zur Rforte“, Wilhelmstraße.
Sundern. 4 Uhr: bei Wester.
Zittau. 2 Uhr: bei Maßdor, Ragniter Str. 5. Referent: Wolf-Danzig.

Witt-Wintersdorf. 3 Uhr: „Deutscher Kaiser“ in Meuselwitz.
Zeitz. 3 Uhr: bei Kämpf, Schützenstr. 8.

Sonnabend, den 26. Oktober.

Magdeburg. 8½ Uhr: bei Landgraf, Braunschweigstr. 3.

Sonntag, den 27. Oktober.

Wohnum. 4 Uhr: bei Bröter, Herzer Str. 11.

Redaktionschluss Montags früh 8 Uhr.

Spätere Eingänge können für die Nummer der betreffenden Woche nicht mehr berücksichtigt werden. Größere Berichte müssen selbstverständlich zeitiger eingefandt werden.

Insertionspreis

für Mitglieder und Zahlstellen: Glückwünsche und Dankfagnungen kosten vom 1. Oktober ab mindestens 3 Mk., über 6 Zeilen jede weitere Zeile 50 Pf. Nachrufe und Dankfagnungen kosten mindestens 2,70 Mk., über 9 Zeilen jede weitere Zeile 30 Pf.

Vor Einreichung des vollen Betrages werden Inserate nicht mehr aufgenommen.

Stoffe

direkt an Private

zu Anzügen, Paletots, Hosen. Stets das Neueste in prachtvoller Auswahl; durch enorme Preisunterstützung große Ersparnisse! — Machen Sie einen Versuch, ich sende Muster sofort kostenlos und ohne Kaufzwang.

Tauschstellung Emil Hohlfeldt

Dresden 6.

Mitglieder des Verbandes der Brauerei- und Mälzereiarbeiter erhalten 10% Rabatt.

Brauer Deutschlands!

Prima Lederhose mit Ledertaschen 8,50, Weste 4,50, Jackett mit warmem Futter 16 Mk. Lederhose III (Dahlgewebe) mit Ledertaschen 6,50, Weste 3,50, Jackett 12 Mk. Lederhosen (Sorte II) 5,50, Weste 3, Jackett 11 Mk. Manchester (Sorte I), Hose mit Ledertaschen 8,50, Weste 4,50, Jackett 16 Mk. Manchester (Sorte II), Hose mit Ledertaschen 7, Weste 3,50, Jackett 14 Mk. Versendet nach allen Orten Deutschlands und des Auslandes. Schriftlänge und Brustweite genügt für guten Sitz. Bei Bestellungen von 10 Mk. an frei ins Haus. Katalog frei.

Emil Hohlfeldt,

Spezialfabrik für Berufsbildung, Dresden N., Ritterstr. 2 u. 4.

Brauereiarbeiter suche ich an jed. Ort, die Vertrieb erstkl. Artikel nebenbei übernehmen. Hoh. Verb. Aust. sof. kosten. Herm. Wolf, Zwickau i. S., Nordstr. 30.

Hannover.

Halle allen Kollegen mein Restaurant, der Neuzeit entsprechend eingerichtet, bestens empfohlen. Hans Graf, Schuhstr. 6.

Garantie Modell 1912-13.

Für Brauer das Beste! Auch Gummizug- u. Schäftstiefel usw. Von 2 Paar an franko. Verlangt Katalog! — Kollegen als Wiederverkäufer gesucht. Viele Anerkennungs schreiben. Josef Urban, Köhling, N.-B.



Michel'sche Brauereianstalt

Brauerei mit Kühlmaschine. Programm kostenlos. Winterkurs Beginn 4. November. — Privatinstitut. Praktikantenkurse jeder Zeit. München X. Bes. u. Direktor Ernst Hinterlechner.

Das ist mein Die besten wasserdichten Holzschuhe mit Rollschnallen

von 3,75 und 4,50 Mk. per Paar an erhalten Sie bei

Franz Otte, Dortmund, Märkische Str. 33.

Seit ca. 40 Jahren Lieferant für Brauer im In- und Auslande.

Neuestes Modell

Der vollendetste Brauerschuh der Gegenwart. D. R. G. M. Nr. 511 797. Modell 1912 Fax, wie Abb. per Paar 3,80 Mark Mit Leder bes. Eisen u. Nägel „ „ 4,50 „ Georg Herr, Holzschuhfabrik Frankfurt a. M. Geinhäusergasse 5 Von 2 Paar an 1/2 franko. Neue Preisliste gratis. Fersenschöner Paar 75 Pf.

Gesellschafts-Brauerei Augsburg

Bilanz-Konto per 31. August 1912.

Aktiva.		Passiva.	
Kassa	Mk. 5.097,-	Zugewinn	Mk. 125.000,-
Forderungen	Mk. 24.023,17	Reservefonds	Mk. 11.000,-
Bankguthaben	Mk. 2.363,97	Zweijahresreservefonds	Mk. 5.000,-
Werten	Mk. 5.100,-	Lieferanten	Mk. 15.668,80
Umsätze und Wechsel	Mk. 750,-	Malzaufschlag	Mk. 17.450,58
Vorräte:		Kreditoren	Mk. 1.276,-
Bier, Malz, Hopfen, Gerste, Zuckervorräte, diverse Materialien usw.	Mk. 66.263,74	Hypothek auf Brauerei-Grundstück	Mk. 120.000,-
Amortisiert		Hypothek	Mk. 27.667,-
Immobilien:		Hauptkasse Berlin	Mk. 170.000,-
Grundbesitz, Wirtschaften, Mälzerei und Brauerei-Grundstücke	Mk. 1.015.810,39	Angefallene Zinsen	Mk. 1.000,-
Abschreibungen	Mk. 9.810,39	Spar-Einlagen	Mk. 451.716,07
Brauerei-Einrichtung:		Angefallene 4% Zinsen	Mk. 15.496,48
Rüchslauf, Maschinen, Apparate, Geräte, Lagerfaß, und Trans-	Mk. 202.611,72	Hypotheken auf Mälzerei, Wirtschaften und Mälzhäuser	Mk. 490.816,56
versandene, Zubehör, Inventar usw.	Mk. 17.441,72	Kauttionen usw.	Mk. 18.418,11
Abschreibungen	Mk. 185.203,-	Gewinn-Vortrag 1911	Mk. 1.510,92
Angefallene Mieten	Mk. 1.577,77	Reingewinn	Mk. 5.862,62
Hypotheken inkl. Zinsen	Mk. 115.786,13		
Geschäftsanteile	Mk. 917,66		
Sachen inkl. Zinsen	Mk. 2.616,11		
Spareinlagen-Reserve	Mk. 7.353,25		
Wagniskont. Rückvergütung inkl. Kaution	Mk. 1.468,96		
Versicherung	Mk. 1.100,-		
	Mk. 1.425.558,14		Mk. 1.425.558,14

Gewinn- und Verlust-Konto per 31. August 1912.

Verlust.		Gewinn.	
Rohstoffe:		Bier	Mk. 299.563,08
Gerste, Malz, Hopfen	Mk. 109.744,26	Treber und Abfälle	Mk. 8.485,75
Braukosten:		Getränke	Mk. 13.766,21
Brennmaterialien, Rech, Eis, Hilfsmaterialien, Licht, Kraft usw.	Mk. 30.762,14	Backen, Mieten usw.	Mk. 29.391,44
Personalkosten:		Rückvergütung	Mk. 2.759,68
Löhne und Gehälter, Hausrent, Kranken-, Invaliditäts- und Berufsgenossenschafts-	Mk. 38.874,42		
Beiträge	Mk. 59.499,74		
Malzaufschlag	Mk. 12.523,30		
Versicherungs-, Handlungs- und allgemeine Unkosten und Konten	Mk. 5.426,09		
Steuern, Aufschlag und Pflichterzoll	Mk. 9.426,09		
Werkunterhaltung	Mk. 43.775,32		
Zinsen	Mk. 7.383,47		
Reparaturen	Mk. 27.252,11		
Abschreibungen	Mk. 3.520,84		
Mälzerei-Unkosten	Mk. 5.862,62		
Reingewinn	Mk. 353.966,16		

Augsburg, den 14. September 1912.

Wir haben vorstehende Bilanz, nebst Gewinn- und Verlustkonto für das Geschäftsjahr 1911/12 einer eingehenden Prüfung unterzogen und bestätigen deren Übereinstimmung mit den ebenso ordnungsgemäß geführten Büchern der Gesellschaft.

Augsburg, den 2. Oktober 1912.

Als Vertreter des Vorstandes: Kappler. Für den Vorstandsausschuß: Wittich.

Die Brauereileitung: Walter Richter.

Nachruf.
Nach langem Leiden starb unser Kollege **Hug. Richter** im Alter von 49 Jahren. Ehre seinem Andenken.
Zahlstelle Hamburg.

Nachruf.
Am 4. Oktober verschied nach langem Leiden unser langjähriger Kollege **August Hüllmann** im 41. Lebensjahre. Ehre seinem Andenken.
Zahlstelle Lübeck.

Unserem Kollegen **Hermann Stumpf** und Frau **Margarethe** zur Vermählung nachträglich herzlichsten Glückwunsch. Die Verbandskollegen der Vereinigten Brauerei, Weiningen.

Unserem Kollegen **Otto Altmeyer** nebst Frau **Berminde** gratulieren nachträglich zur Vermählung. Die Kollegen vom Fleischhacker der Brauerei Paschenhofer, Abt. Spandau.

Gratulieren unseren Kollegen **H. Zahnd** und Frau **Sophie** sowie **K. Blenzle** und Frau **Sophie** zur Vermählung. Die Kollegen der Brauerei Leicht, Baihingen a. F.

Unserem Kollegen **Karl Jahnke** nebst Frau **Martha** zur Vermählung nachträglich herzlichsten Glückwunsch.
Zahlstelle Bremerhaven.

Unserem Kollegen **Karl Korb** und seiner lieben Frau zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche.
Zahlstelle Frankfurt a. S.

Unserem Kollegen **Guido Gimpel** und Frau nachträglich die besten Glückwünsche zur Vermählung.
Zahlstelle Altenburg.

Zur Vermählung unserer Kollegen **Wilhelm Ehrenmann** mit Frau **Marie Böhler** und Frau **Emma Herberich** die herzlichsten Glückwünsche.
Die Kollegen i. Freiburg i. B.

Anton Göller, Brauer 1910 in Markt a. H. löst, wird ersucht, seinen Aufstellung dem Hauptvorstand mitzuteilen.

Verbands-Notizkalender für 1913

ist zum Versand fertiggestellt

Die Zahlstellen werden um baldige Bestellung ersucht.

Die größeren Zahlstellen, welche 200 oder mehr Kalender absehen können, werden um sofortige

Aufgabe der Bestellung ersucht, weil nach diesen Orten der Versand per Frachttgut gleich von der Buchbinderei aus erfolgen soll.

Vom

Protokoll des 18. Verbandstages

sind noch eine Anzahl Exemplare vorrätig.

Von den Kollegen, die noch nicht im Besitze des Protokolls sind, wird

schleunigste Bestellung

bei ihrer Zahlstellenverwaltung erwartet, damit die noch vorhandenen Exemplare ihre Verwertung finden und mit dem Vorrat aufgeräumt werden kann.

Zur Vermählung unserer Kollegen **Franz Gundersberger** und **Josef Schmidbauer** nebst ihren Frauen herzlichsten Glückwünsche.
Die Kollegen der Zahlstelle Reichenhall.

Vergütungsanzeigen.
Unser diesjähriges Stützungsfest findet am Sonnabend, den 2. November, im Gewerkschaftshaus statt. Die Kollegen der umliegenden Zahlstellen sind hierzu freundlichst eingeladen.

Erstes und ältestes Spezialgeschäft in wasserdichten Brauerholzschuhen

in glatter und gerippter Leder. Bringe stets das Neueste und Beste für die Kollegen. Das Beste ist das Billigste.

Altes Modell 3,70 Mk.
Neues Modell 4,00 Mk.

Besteht der Paar 1 Paar mehr.

Ren! Sockenmacher 80 Pf. Ren!

Sendungen von 2 Paar franko. - Katalog steht kostenlos zur Verfügung.

Drch. Schäfer, Hanau, Schirnstr. 5.



Anerkannt sehr leistungsfähig ist die Weltfirma Gehrüder Rauh, Gräfrath bei Solingen.

Stahlwarenfabrik und Versandhaus ersten Ranges. BRILLANT

Versand direkt an Private. FABRIK-MARKE. Alleinige Fabrikanten der berühmten Solinger Stahlwaren Marke „Brillant“

30 Tage zur Probe!

Feinste Rasiermesser in prima Qualität. In jedem Bart passend, aus bestem engl. Silberstahl geschmiedet, fein hohl geschliffen, scharf und gebrauchsfertig abgezogen.

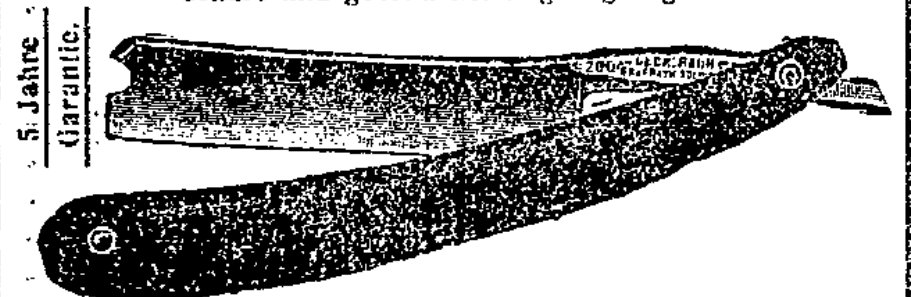


Abbildung ca. 1/2 natürl. Größe.

No. 200 Schwarz poliertes Kautschukheft, Klinge halbhohlgeschliffen, in fein. Etui, p. Stück nur Mk. 1,50

No. 201 Wie No. 200, aber Klinge mittelhohlgeschliffen, in feinem Etui, per Stück nur Mk. 2,00

No. 202 Wie No. 200, aber Klinge ganzhohlgeschliffen, in feinem Etui, per Stück nur Mk. 2,50

Jedem Rasiermesser No. 200, 201 oder 202 wird eine Sicherheits-Schutzvorrichtung gratis beigelegt, so dass jeder ungeübte sich sofort gefahrlos rasieren kann. Verletzungen ausgeschlossen.

Für nur 15 Pf. erhält jeder in hochfein verzierter Goldschrift in eine Messerklinge graviert.

Das Nachschleifen, Abziehen und Aupollieren alter Rasiermesser sowie das Reparieren und Schleifen von Taschenmessern und Scheren wird billigst berechnet, ganz gleich, ob unser oder fremdes Fabrikat.

Grosse Auswahl von Rasiermessern und Rasierapparaten in jeder Preislage, alle Rasierutensilien wie Näpfe, Pinsel, Streichriemen, Seife, Abziehsteine usw.

Komplette Rasier-Garnitur No. 2210 in Holzkästchen nur 3 Mk., Haarschneidemaschinen No. 264 1/2 nur Mk. 3,30.

Versand unter Nachnahme od. gegen Vorauszahlung des Betrages. Garantieschein: Nichtgefallende Waren tauschen wir bereitwilligst um oder zahlen Betrag zurück.

Umsonst und portofrei versenden wir auf Wunsch an jedermann, nur nicht an Personen unter 18 Jahren u. nicht an Hausierer, unsern grossen illustrierten Pracht-Katalog, welcher Gegenstände aller Warengattungen in grösster Auswahl enthält.

Hunderttausende Kunden. - Viele Tausend Anerkennungen über die Güte und Qualität unserer Waren.

Bei Sammel-Aufträgen Extra-Vergünstigungen.